

5. Bericht

Sachverständigenkommission für Kriminalprävention
der Hessischen Landesregierung
(Landespräventionsrat)

November 2002

Herausgeber: Sachverständigenkommission für Kriminalprävention
der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat)
Hessisches Ministerium der Justiz • Luisenstraße 13 • 65185 Wiesbaden

Redaktion: Dr. Helmut Fünfsinn,
Geschäftsführer des Landespräventionsrates Hessen

Textgestaltung: Dagmar Paulmichl,
Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Hessen

Druck: R+V Versicherung, Wiesbaden 11/2002

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. Landespräventionsrat	5
Liste der Mitglieder	5
Bericht	6
1. Unterstützung von und gemeinsame Veranstaltungen mit den örtlichen Präventions-	
gremien	6
a) Treffen mit den örtlichen Präventionsgremien am 3. Mai 2001	7
b) Treffen mit den örtlichen Präventionsgremien am 23. Mai 2002	8
c) 2. Hessischer Präventionstag und 3. Hessischer Präventionspreis	9
Bewerbungen für den 3. Hessischen Präventionspreis	11
2. Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesell-	
schaftlichen Kriminalprävention	28
3. Beratung der Hessischen Landesregierung	29
B. Arbeitsgruppe I „Gewalt und Minderheiten“	31
Liste der Mitglieder und Bericht	31
1. Rechtsextremismus	31
2. Islamismus	34
C. Arbeitsgruppe II „Gewalt im häuslichen Bereich“	35
Liste der Mitglieder und Bericht	35
D. Arbeitsgruppe III „Städtische (öffentliche) Gewaltsituationen“	39
Liste der Mitglieder und Bericht	39
E. Arbeitsgruppe IV „Jugendkriminalität“	41
Liste der Mitglieder und Bericht	41
1. Einführung	41
2. Anmerkungen und Empfehlungen zur Situation und zum Umgang mit jugendlichen	
Intensivtätern	42
3. Prävention im Team - PiT	45
4. Künftige Themen	46
F. Arbeitsgruppe V „Ladendiebstahl“	47
Liste der Mitglieder und Bericht	47
G. Arbeitsgruppe VI „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“	49
Liste der Mitglieder und Bericht	49
H. Arbeitsgruppe VII „Sprayer-Unwesen (Graffiti)“	53
Liste der Mitglieder und Bericht	53

A.
LANDESPRÄVENTIONSRAT

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Prof. Dr. Iring Fetscher
Stellv. Vorsitzender und Geschäftsführer	Dr. Helmut Fünfsinn

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Barroso , Rogelio	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen e.V.
Brückner , Prof. Dr. Margrit	Fachhochschule Frankfurt am Main
Diehl , Hildebrand	Oberbürgermeister, Hessischer Städtetag e.V.
Feuchthofen , Jörg E.	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände
Gage-Lindner , Nancy	Hessisches Sozialministerium
Gerhard , Bernd	Geschäftsführer, R+V Versicherung
Groß , Dr. Karl-Heinz	Ministerialdirigent a.D.
Gutmark , Dr. Jakob	Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
Heun , Prof. Dr. Hans-Dieter	Vorsitzender der Straffälligenhilfe und des Anstaltsbeirats Limburg
Kreuzer , Prof. Dr. Arthur	Justus Liebig-Universität Gießen
Kulenkampff , Christoph	Staatssekretär a.D., Schader-Stiftung Darmstadt
Linz , Gert	Pfarrer, Kommissariat der Kath. Bischöfe im Land Hessen
Meyer , Doris	Geschäftsführerin, Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.
Nolde , Joachim	Stellv. Geschäftsführer, Industrie- und Handelskammer
Popovic , Dr. med. M.	Hauptgeschäftsführer, Landesärztekammer Hessen
Raabe , Rudolf	Ltd. Ministerialrat, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
Reckewell , Kerstin	Staatsanwältin, Staatsanwaltschaft Hanau
Ritzefeld , Brunhilde	Ministerialrätin, Hessisches Sozialministerium
Schelzke , Karl-Christian	Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städte- und Gemeindebund
Scheunemann , Klaus	Journalist
Schnell , Herbert	Ltd. Ministerialrat, Hessisches Kultusministerium
Simmel-Joachim , Prof. Dr. Monika	Fachhochschule Wiesbaden
Stein , Jörg C.	Polizeioberkommissar, Gewerkschaft der Polizei
Teuter , Dr. Leo	Rechtsanwalt, Landessportbund Hessen e.V.
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Sportjugend Hessen
Ullmann , Roland	Ltd. Kriminaldirektor, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Weyel , Frank H.	Vorsitzender der DVJJ-Regionalgruppe Hessen
Wiesemann , Wolfram	Ltd. Oberstaatsanwalt a.D.

Bericht

Die Sachverständigenkommission hat im Berichtszeitraum ihre Bemühungen, die Idee der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention weiter zu verbreiten und umzusetzen, kontinuierlich in drei Richtungen fortgesetzt:

1.

Unterstützung von und gemeinsame Veranstaltungen mit den örtlichen Präventionsgremien

In erster Linie wurden weiterhin die lokalen Präventionsräte unterstützt. Die Arbeitsgruppen haben immer wieder den Kontakt zu örtlichen Präventionsgremien gesucht und sich entweder vor Ort informiert oder sich im Rahmen der Sitzung von örtlichen Projektmitarbeitern informieren lassen. Die jährlichen Treffen mit den kommunalen Präventionsgremien haben sich als feste Organisationsform etabliert.

Der Hessische Präventionspreis konnte - nachdem der Hessische Städte- und Gemeindebund die Stiftung des Preises übernommen hatte - zum dritten Mal vergeben werden. Die Preisverleihung fand im Rahmen des 2. Hessischen Präventionstages statt, der 17 Projekten mit Modellcharakter die Möglichkeit gab, sich einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit sind im Einzelnen folgende Veranstaltungen durchgeführt worden:

a)

Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 3. Mai 2001 in der Josef-Kohlmaier-Halle Limburg a.d. Lahn, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit dem Verein Kriminalprävention Limburg-Weilburg e.V.

PROGRAMM

- 10.³⁰ Uhr Grußworte
Dr. Heinrich **Richard**, 1. Stadtrat
Dr. Christean **Wagner**, Staatsminister der Justiz
Prof. Dr. Iring **Fetscher**, Vorsitzender des Landespräventionsrates
- 11.⁰⁰ Uhr Darstellung der Entstehung und der Arbeit der Präventionskommission des Landkreises Limburg-Weilburg durch Dr. Manfred Fluck, Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg und Vorsitzender der Präventionskommission des Landkreises Limburg-Weilburg, sowie Vorstellung der Projekte „Suchtprävention“ durch Frau Schneider/Herrn Klar und „Opferhilfe“ durch Frau Bernhauer
- 12.⁰⁰ Uhr Mittagspause
- 13.⁰⁰ Uhr Gesprächskreise zu den von den örtlichen Präventionsgremien angemeldeten Themen
- Gesprächskreis 1 · Präventive Maßnahmen zur Verhinderung von politisch motivierter Gewalt und Fremdenfeindlichkeit insbesondere junger Menschen
Moderation: *Dr. Helmut Fünfsinn*, Geschäftsführer des Landespräventionsrates
- Gesprächskreis 2 · Integration von Spätaussiedlern
Moderation: *Wolfram Wiesemann*, Ltd. Oberstaatsanwalt a.D.
- Gesprächskreis 3 · Erfolgskontrolle von Präventionsprojekten
Moderation: *Dr. Leo Teuter*, Rechtsanwalt
- 15.⁰⁰ Uhr Vorstellung der Ergebnisse der drei Gesprächskreise im Plenum

b)

Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 23. Mai 2002 im Justus-Liebig-Haus Darmstadt, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Präventionsrat Darmstadt

PROGRAMM

- 10.³⁰ Uhr Grußworte
 Daniela **Wagner**, Stadträtin
 Dr. Christean **Wagner**, Staatsminister der Justiz
 Prof. Dr. Iring **Fetscher**, Vorsitzender des Landespräventionsrates
- 11.⁰⁰ Uhr Darstellung der Entstehung und der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates Darmstadt durch Dr. Wilma Mohr, Hans Morral-Schimo, Dietmar Lange, Helga Spielmann-Grün, Rudi Bonerz, Volker Weyel und Manfred Rachut
- 12.⁰⁰ Uhr Mittagspause - Markt der Möglichkeiten
- 13.¹⁵ Uhr Gesprächskreise zu den von den örtlichen Präventionsgremien angemeldeten Themen
- Gesprächskreis 1 · Prävention häuslicher Gewalt (Gewaltschutzgesetz)
 Moderation:
 Prof. Dr. Margit Brückner, Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“
- Gesprächskreis 2 · Prävention im Bereich der Jugendkriminalität
 Moderation:
 Dirk Friedrichs, Geschäftsführer der Arbeitsgruppe „Jugendkriminalität“
- Gesprächskreis 3 · Vernetzung und Struktur der Präventionsarbeit in Hessen
 Moderation:
 Dr. Helmut Fünfsinn, Geschäftsführer des Landespräventionsrates
- 14.⁴⁵ Uhr Vorstellung der Ergebnisse der drei Gesprächskreise im Plenum

Begleitend zum Treffen werden auf einem „**Markt der Möglichkeiten**“ Informationsstände der Kooperationspartner das Darmstädter Präventionsnetzwerk veranschaulichen.

c)

2. Hessischer Präventionstag und Vergabe des 3. Hessischen Präventionspreises am 22. Oktober 2001 in der Willy-Brandt-Halle Mühlheim am Main, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund e.V.

AUSSCHREIBUNG:

Vergabe eines Präventionspreises

Der Hessische Städte- und Gemeindebund e.V. in Mühlheim am Main hat zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit einen Preis in Höhe von 5.000,-- DM gestiftet und damit ermöglicht, dass voraussichtlich am 22. Oktober 2001 der 3. Hessische Präventionspreis vergeben werden kann. Mit diesem Preis sollen kriminalpolitische Projekte in Hessen unterstützt werden, die Vorbildfunktion besitzen und von kommunalen Präventionsgremien zur Problembewältigung bei übereinstimmender Problemlage übernommen werden können. Aus diesem Grunde sollten sich die Projekte im Durchführungsstadium befinden, so dass neben der Beschreibung der zugrundeliegenden Konzeption auch schon auf Erfahrungen und Ergebnisse verwiesen werden kann.

Eine Kommission, die sich aus dem Geschäftsführenden Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes e.V. und dem Arbeitsausschuss der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention zusammensetzt, wird über die Vergabe des Präventionspreises entscheiden. Die interessierten kriminalpräventiven Projekte in Hessen können mit einer kurzen schriftlichen Darstellung ihrer Konzeption und den gewonnenen Erfahrungen und Ergebnissen teilnehmen. Die jeweiligen Beschreibungen sind bis zum 31. August 2001 an die Geschäftsführung der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention (Landespräventionsrat), Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden zu richten.

PROGRAMM:

1. Vergabe des 3. Hessischen Präventionspreises

14.00 Uhr	Begrüßung:	Bürgermeister Bernd Müller, Bürgermeister der Stadt Mühlheim
	Grußwort:	Staatsminister Dr. Christean Wagner, Hessischer Minister der Justiz
	Laudatio:	Prof. Dr. Iring Fetscher, Vorsitzender der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention
	Preisübergabe:	Bürgermeister Bernhard Brehl, Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes Geschäftsführender Direktor Karl-Christian Schelzke, Hessischer Städte- und Gemeindebund e.V.

2. Präventionsprojekte, die sich um den 3. Hessischen Präventionspreis beworben haben, stellen sich vor

ab 15.15 Uhr	Vorstellung der Projekte
	<ol style="list-style-type: none">1) Gemeinsam gegen häusliche Gewalt – eine Aktion zur Gewaltprävention des Arbeitskreises für Kriminalprävention Mühlheim am Main2) „Integrationslotsen – Aussiedler helfen Aussiedlern“, ZAUG - Zentrum für Arbeit und Umwelt Gießen GmbH3) Jugendtreff Spenerweg 4 (Juts 4) – Niederschwelliges Angebot für jugendliche Spätaussiedler des Diakonischen Werks Gießen4) Kommunaler Präventionsrat Darmstadt5) Kompass – Kooperationsprojekt zur Gewaltprävention der psychologischen Beratungsstelle des Caritasverbandes Offenbach/Seligenstadt6) Konfliktmanagement und Gewaltprävention in der Schule – Projekt der Liebig-Schule in Frankfurt am Main7) „Mit Kopf, Herz und Hand“ – ein ganzheitliches Projekt zur Suchtprävention in Schulen der Fachstelle für Suchtprävention, AWO-Kreisverband Main-Kinzig e.V.8) „Nachbarn schützen Nachbarn – Eine Aktion zur Förderung sozialer Kontakte in einem Neubaugebiet“ durch den Arbeitskreis für Kriminalprävention Mühlheim am Main9) „Naherholungsgebiet Steinbrüche Dietesheim – Eine experimentelle Aktion“ des Arbeitskreises für Kriminalprävention Mühlheim am Main10) Naturnahe Schulhofumgestaltung an der Pestalozzischule Karben – Projekt des Arbeitskreises Schule in Karben11) Projekt „Installation eines Kunstobjekts“ mit straffällig gewordenen Jugendlichen des Vereins Kinder- und Jugendhilfe e.V. Frankfurt am Main12) Projekte zur Kriminalprävention an der Staufenschule in Kelkheim-Fischbach13) SmoG – Schule machen ohne Gewalt, Projekt des Polizeipräsidiums Osthessen - Polizeidirektion Vogelsberg -14) SOS-Handy Viernheim15) Training zur Zivilcourage – Theaterpädagogische Gewaltprävention durch das Schultheater - Studio Frankfurt

1) Gemeinsam gegen häusliche Gewalt – Gewaltprävention

Adresse: Arbeitskreis für Kriminalprävention
Rathaus • Friedensstraße 20 • 63165 Mühlheim am Main
☎ (06108) 60116 📠 (06108) 60125 ✉ pressestelle@rathaus.muehlheim.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Der Arbeitskreis hat sich zum Projektziel gemacht, die Verbesserung der Angebote im Hinblick auf Prävention, Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen Frauen und deren Kinder zu erreichen. Dabei ist zum einen ein Arbeitskreis aus Professionellen des Hilfesystems gebildet worden und zum anderen eine Reihe von Veranstaltungen mit dem Ziel, die Öffentlichkeit für die Thematik zu sensibilisieren, entwickelt worden. Kurz zusammengefasst soll das Ziel wie folgt erreicht werden:

- Öffentlichkeit herstellen und für das Thema „Häusliche Gewalt“ sensibilisieren;
- den Opferschutz verbessern, indem die Hilfsangebote und die Rechte der Betroffenen bekannt gemacht werden;
- Frauen Mut machen, dass sie sich gegen Gewalt zur Wehr setzen;
- Männer verstärkt für ihre Gewalt zur Verantwortung ziehen und
- die Kooperation zwischen Hilfseinrichtungen wie Beratungsstellen, Jugendamt, Jugendpflege und Frauenhaus sowie Polizei und Staatsanwaltschaft stärken.

Ergebnis:

Der Arbeitskreis hat nach einem Jahr erreicht, dass öffentliche Veranstaltungen ihr Publikum gefunden haben und eine Dokumentation des Hilfesystems begonnen wurde.

2) „Integrationslotsen – Aussiedler helfen Aussiedlern“

Adresse: ZAUG - Zentrum für Arbeit und Umwelt Gießen GmbH
Kiesweg 31 • 35396 Gießen
☎ (0641) 9 52 25 10 📠 (0641) 5 15 94

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt „Integrationslotsen – Aussiedler helfen Aussiedlern“ hat zum Ziel, russlanddeutsche Aussiedler und ihre Familien während ihres Einlebens in Deutschland zu unterstützen. Mit vielfältigen Hilfs- und Informationsangeboten soll ein soziales „Fußfassen“ in ihrer neuen Umgebung erleichtert werden. Gleichzeitig soll damit einer Flucht in gesellschaftlich problematische Verhaltensweisen vorgebeugt werden. Die Integrationslotsen sind selbst russlanddeutsche Aussiedlerinnen und Aussiedler - im jetzt laufenden Projekt ehemalige Lehrerinnen und Diplom-Ingenieurinnen mit pädagogischer Eignung -, die vor allem sprachlich, aber auch mit ihrem kulturellen Hintergrund einen leichten Zugang zu den betroffenen Aussiedlern finden. Ihre Erfahrungen, ihre neu erworbenen Kenntnisse und begleitende Qualifizierung, ihre Kontakte und Vermittlungsmöglichkeiten zu relevanten Institutionen ermöglichen es ihnen, anderen Aussiedlerinnen und Aussiedlern eine gezielte Hilfe zur Selbsthilfe und - soweit es nicht so schnell möglich ist - eine sinnvolle Begleitung anzubieten. Ebenso können beratende und/oder bildende Einrichtungen auf die Integrationslotsen zurückgreifen und um Unterstützung bei Übersetzungsschwierigkeiten und/oder sonstigen Fragen und Problemen mit Aussiedlern anfragen.

Unabhängig davon arbeiten die Integrationslotsen in der Hausaufgaben- und Freizeitbetreuung mit und vermitteln sportliche und kulturelle Angebote.

Zurzeit sind sechs „Integrationslotsinnen“ bei der ZAUG GmbH beschäftigt. Sie arbeiten zusammen mit Übergangwohnheimen, dem Sozialamt, dem Jugendamt, dem Arbeitsamt, der Ausländerbehörde, Schulen und Gemeinden, Jugendtreffs und Sportvereinen, der Arbeitsloseninitiative Gießen e.V., sozialen Wohnbaugesellschaften, Beratungsstellen - u.a. für Sucht- und Drogenberatung -, der Bewährungshilfe, dem Jugendkoordinator der Polizei Gießen, der aufsuchenden Jugendsozialarbeit, Kliniken, dem Gesundheitsamt, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbänden und Bildungsträgern, Volkshochschulen, dem Internationalen Bund für Sozialarbeit und werden u.a. unterstützt durch den Verein für Kriminalprävention Gießen e.V. und gefördert über das HARA-Programm „Experimente“ der Landesregierung.

Ergebnis:

Seit das Projekt besteht, nehmen mit zunehmendem Bekanntheitsgrad bei den Integrationslotsen die Anfragen sowohl von Aussiedlern als auch von Institutionen zu. Durch das wachsende Vertrauen auch in der Zusammenarbeit mit den Behörden und anderen Hilfsorganisationen gewinnt der übergreifende Ansatz der Hilfe an Effektivität, die Unterstützungsbereitschaft in vielen Richtungen steigt.

Das Projekt erhielt den 3. Hessischen Präventionspreis.

3) **Jugendtreff Spenerweg 4 (Juts 4)**

Adresse (Träger): Diakonisches Werk Gießen, Jugendgemeinschaftswerk
Siegfried Kalinowski • Gartenstraße 11 • 35390 Gießen
☎ (0641) 932-2814 📠 (0641) 932-2837

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Der Jugendtreff ist seit 1993 zu einem niedrigschwelligen Angebot für jugendliche Spätaussiedler ausgebaut worden. Seit 1998 hat das dort entwickelte Projekt „Kicks ohne Drogen“ u.a. ein Antigewalt-Training für jugendliche Spätaussiedler, Selbstbehauptungskurse für Mädchen sowie erlebnispädagogische Maßnahmen enthalten. Die Arbeit des Jugendtreffs 4 soll über eine Identifikation als Besucher dieses Jugendtreffs - unabhängig, welcher Nationalität die Besucher angehören - zur Steigerung des Selbstwertgefühls der Jugendlichen und zur Erlernung verbaler Konfliktlösungen führen. Dabei spielt insbesondere das Antigewalt-Training, das vor allem auf asiatische Trainingsmethoden für Körper und Geist aufbaut und aufgestaute Aggressionen in positive Energien umsetzen soll, eine tragende Rolle. Weiterhin ist den Jugendlichen nonverbal zu vermitteln, dass Drogenkonsum ihrer körperlichen Leistung schadet. Insgesamt ist auch die Integrationsbereitschaft der Jugendlichen zu stärken, was durch gemeinsame Maßnahmen mit anderen Jugendeinrichtungen in Gießen erzielt werden kann. Im Übrigen versucht der Jugendtreff auch eine Hinführung und Begleitung in die Berufswelt.

Ergebnis:

Die vielfältigen Aktivitäten und Projekte werden von den Jugendlichen angenommen, insbesondere für das Antigewalt-Training mussten zusätzliche Termine für Trainingseinheiten eingerichtet werden, um dem Bedarf nachzukommen. Bei den zusätzlichen Trainingseinheiten fungierten bereits fortgeschrittene Schüler als Cotrainer und unterstützten so die Arbeit des Trainers.

4) **Kommunaler Präventionsrat Darmstadt**

Adresse: KPRD-Geschäftsstelle • Frankfurter Straße 71 • 64293 Darmstadt
☎ (06151) 133-480 📠 (06151) 133-474

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Der Kommunale Präventionsrat Darmstadt (KPRD) wurde im Mai 1992 auf Initiative des jetzigen Oberbürgermeisters und des damaligen Polizeipräsidenten ins Leben gerufen. Der Kommunale Präventionsrat Darmstadt stellt sich die Aufgabe der Förderung und Koordinierung präventiver Maßnahmen in Darmstadt. Die spezielle Funktion des KPRD besteht darin, über die Einzelkontakte mit den Kooperationspartnern hinaus - hier u.a. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, des Bildungswesens, der Frauenarbeit, des Sozial- und Gesundheitswesens, der Wohnungswirtschaft, der Verkehrsbetriebe, aber auch der Stadtteilrunden - die unterschiedlichen Handlungsstrategien zusammenzuführen, im freiwilligen Austausch weiterzuentwickeln und durch inhaltliche Perspektiven zu beeinflussen. Ein wichtiges Ziel ist die Schaffung eines Präventionsnetzwerks, das langfristig zum wesentlichen Träger präventiver Bemühungen wird. Schlagwortartig lassen sich die Ziele wie folgt zusammenfassen:

- Förderung von Präventionsstrukturen vor Ort,
- Vernetzung verschiedener Institutionen in Darmstadt,
- Integration der Prävention in die kommunale Gesamtverantwortung,
- Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Kommune für die Bedeutung der Prävention,
- Koordination und Unterstützung präventiver Aufgaben.

Dazu sind bislang folgende Arbeitsgruppen gegründet worden:

- a) Topographie sozialer Problemlagen;
- b) Gewalt in/an Kindertagesstätten, Jugendhäusern, Schulen und Spielplätzen;
- c) Drogenhilfe;
- d) Suchthilfe – Legale Drogen;
- e) Gewalt gegen ältere Menschen.

Die ersten beiden Arbeitsgruppen haben sich nach der Vorlage von Konzepten aufgelöst, die bisherige Arbeitsgruppe 2 arbeitet nunmehr in neuer Form (Management und Netzwerk) weiter.

Der KPRD führt beinahe jährlich Fachtagungen durch, die dokumentiert werden, hinzu treten weitere Publikationen vor allem im Bereich der Drogenpolitik und Suchthilfe. Die bisherigen Themen der Fachtagungen lassen zugleich einen weiteren Blick auf die Zielsetzung des KPRD zu:

- „Für ein lebendiges Darmstadt – gegen Gewalt“ (1993),
- „Lebensräume öffnen – Freiräume schaffen“ (1995),
- „Präventionskonferenz – Streetworker“ (1996),
- „Drogenpolitik zwischen Abstinenz und Akzeptanz“ (1997),
- „Zwischen Wegschauen und Wegschließen“ (1998),
- „Prävention und Sport“ (1999),
- „Gewalt und Zivilcourage“ (2000).

Ergebnis:

Der Kommunale Präventionsrat Darmstadt steht als wohl ältester städtischer Präventionsrat in Hessen für das Gelingen der kommunalen Präventionsarbeit, die durch kommunale Präventionsräte initiiert und unterstützt wird.

5) **Kompass – Kooperationsprojekt zur Gewaltprävention**

Adresse: Psychologische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche
des Caritasverbandes • Frankfurter Straße 33 • 63500 Seligenstadt
☎ (06182) 89 56-0 📠 (06182) 89 56-25

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Kompass bietet ein aufeinander abgestimmtes Fortbildungskonzept zur Gewaltprävention an, das in Kindertagesstätten mit „Abenteuer Konflikt“ beginnt, sich mit „Lernfeld Konflikt“, „Klasse 2000“ und „Eigenständig werden“ in den Grundschulen fortsetzt und mit „Lions Quest“ an weiterführenden Schulen seinen Abschluss findet. An dem Kooperationsprojekt sind die Psychologische Beratungsstelle des Caritasverbandes, der Lyons-Club Seligenstadt und inzwischen auch die Stiftung „Mentor“ beteiligt.

Während der Baustein „Abenteuer Konflikt“ ein Fortbildungsprogramm von Kindertagesstätten und Horten darstellt, widmet sich das „Lernfeld Konflikt“ der Gewaltprävention in Grundschulen, wobei jeweils die Eltern einbezogen werden und die Kurse helfen sollen, angemessene soziale Regeln für die Kindertagesstätten und Schulen zu erarbeiten und jeweils vom Streit zur Versöhnung zu gelangen. Der Baustein „Klasse 2000“ ist ein Projekt zur Gesundheitsförderung und Suchtprävention des Lyons-Clubs an Grundschulen, das von Lehrerinnen und Gesundheitsförderinnen durchgeführt wird.

Das Programm „Eigenständig werden“ ist für Kinder von der 1. bis zur 6. Klasse bestimmt und soll sie bei der Entwicklung zu selbstbewussten Menschen begleiten. Der Baustein „Lions Quest“ ist ein Förderprogramm zur Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen an weiterführenden Schulen, das darauf abstellt, das Selbstwertgefühl, das Selbstvertrauen und die Selbstdisziplin von Jugendlichen zu fördern. Eine Stärkung der Entschlusskraft und die Fähigkeit, bei Gefährdungen „nein“ zu sagen, steht dabei im Mittelpunkt.

Ergebnis:

Nachdem die Schulungen zur frühen Gewaltprävention schon in der Vergangenheit erfolgreich waren und das Projekt deshalb mit dem 2. Hessischen Präventionspreis ausgezeichnet worden ist, stellt das Hinzufügen weiterer Bausteine zum Gesamtkonzept „Kompass“ eine konsequente Fortsetzung zur Förderung des Sozialverhaltens bei Kindern und Jugendlichen dar, die auf gemeinsamen Grundwerten und daraus abgeleiteten Regeln des Zusammenlebens aufbauen.

6) **Konfliktmanagement und Gewaltprävention in der Schule**

Adresse (Träger): Liebig-Schule, Frau Oberstudienrätin A. Büchler-Carter
Kollwitzstraße 3 • 60488 Frankfurt am Main
☎ (069) 212-39479 📠 (069) 212-39480

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Programm wendet sich an alle Jahrgangsstufen der Schule:

- Betreuung der Fünftklässler durch Mentoren (hierbei erfolgt u.a. ein Bekanntmachen mit dem Antigewalt-Konzept „cool sein – cool bleiben“), Konfliktsensibilisierung in Klasse 5 im Regelunterricht
- Freiwillige Teilnahme an der Ausbildung zum Mediator in den Klassen 7 und 8
- Ab Klasse 10 Möglichkeit zur Teilnahme am Mentorenprojekt (in diesem Zusammenhang wird ein spezielles Training im Rahmen der Kampagne der Stadt Frankfurt „cool sein – cool bleiben“ angeboten)

Über das Konfliktlösungstraining in der Unterstufe, die Mediatorausbildung in der Mittelstufe und das Mentorensystem wird in beinahe allen Schulbereichen eine Streitschlichtung möglich.

Ergebnis:

Das Streitschlichtermodell hat inzwischen zu über 100 Schlichtungen in der Schule geführt, es hat den 1. Preis in der Kategorie „Schulprojekte“ des Polizeipräventionspreises des Bundes erhalten und ist auf dem 6. Deutschen Präventionstag in Düsseldorf vorgestellt worden.

7) „Mensch = Mensch“

Adresse (Träger): Lernkiste - Verein zur Förderung von Kultur und Bildung e.V.
Walltorstraße 17 • 35390 Gießen
☎ (0641) 3 80 44 📠 (0641) 931 00 29 📧 lernkistegi@t-online.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt „Mensch = Mensch: Gleichstellungspolitik in der Schule“ soll die Gleichstellung aller Menschen in Schule und Gesellschaft fördern. Das Projekt geht davon aus, dass Rassismus in der Struktur unserer Gesellschaft tief verankert ist und nicht ein Problem individuellen Nichtverstehens. In Seminaren, Arbeitstagungen, Schulveranstaltungen und Workshops sowie durch eine Theater- und Aktionsgruppe wird darauf hingewiesen, dass Gleichstellungspolitik umfassend wirken muss, wobei Gleichheit immer als Gleichwertigkeit aller Menschen zu verstehen ist. Daraus folgt, dass alle die bestmöglichen Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt bekommen müssen, um sich individuell, frei und in sozialer Verantwortung entfalten zu können. Deshalb zielt das Projekt auf die Verbesserung von Chancemöglichkeiten gerade von Minderheiten und Schwachen. Der Gleichstellungsbegriff impliziert eine Kritik am bestehenden Leistungs- und Konkurrenzprinzip und zielt auf generell mündige, tolerante und demokratiefähige Subjekte. Als Modell wird hier eine eingliedrige, integrative Schule als sozialer Ort des Lernens zur Selbstentfaltung des Individuums gesehen. Das Projekt setzt auf die Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler, die mit spielerisch-assoziativen Methoden bearbeitet werden, z.B. Fotoassoziationen, dem Theaterstück „Schwarzes Schaf“ und ein Statuen-Theater. Diese Erfahrungen werden sodann im zweiten Schritt theoretisch begrifflich analysiert, um abschließend Handlungsmöglichkeiten zur Veränderung zu erproben.

Ergebnis:

Bisher haben über 100 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 12 und 20 Jahren am Projekt teilgenommen. Zehn von ihnen haben fast alle elf Veranstaltungen besucht. Sie entwickelten das Mensch = Mensch-Logo, Plakate, T-Shirts, Flugblätter und Transparente. In der Landesschülervertretung entsteht nunmehr ein Landesarbeitskreis Rassismus, weitere Seminare werden durchgeführt.

**8) „Mit Kopf, Herz und Hand“ –
Ein ganzheitliches Projekt zur Suchtprävention in Schulen**

Adresse: Fachstelle für Suchtprävention, AWO-Kreisverband Main-Kinzig e.V.
Dagmar Wieland • Berliner Straße 45 • 63571 Gelnhausen
☎ (06051) 44 78 📠 (06051) 1 56 90

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das ganzheitliche Projekt zur Suchtprävention in Schulen kann bereits in einer 5. Klasse begonnen werden und ermöglicht es, es ein ganzes Schuljahr lang im Regelunterricht anzuwenden. Inhaltlich setzt sich das Projekt aus den acht nachfolgenden Bausteinen zusammen:

- Affektive Erziehung,
- Lifeskill-Training (Lebenskompetenz-Training),
- erlebnispädagogische Maßnahmen,
- Standfestigkeitstraining,
- Informationsbaustein,
- Elternarbeit,
- Suchtprävention als Bestandteil des Schulprofils,
- Informationsfluss und Vernetzung in der Kommune.

Dabei wird auch auf die geschlechtsspezifischen Erkenntnisse der Suchtprävention Rücksicht genommen.

Mit dem Projekt soll der Missbrauch verhindert und/oder der Konsumbeginn verschoben werden. Das Projekt versucht die Erkenntnisse der Suchtprävention, dass hier frühzeitig begonnen, langfristig angesetzt und Projekte umfassend durchgeführt werden müssen, aufzugreifen.

Ergebnis:

Das Modellprojekt, das in der Haupt- und Realschule Birstein begonnen wurde, ist nachfolgend auch an anderen Schulen des Kreises durchgeführt worden. Dies zeigt den Erfolg der bisherigen Bemühungen an.

**9) *Nachbarn schützen Nachbarn –
Eine Aktion zur Förderung sozialer Kontakte in einem Neubaugebiet***

Adresse: Arbeitskreis für Kriminalprävention
Rathaus • Friedensstraße 20 • 63165 Mühlheim am Main
☎ (06108) 60116 📠 (06108) 60125 📧 pressestelle@rathaus.muehlheim.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Der Arbeitskreis hat sich in dem neu geschaffenen Wohngebiet, dem sog. „Franzosenviertel“, der Erfahrung erinnert, dass „Anonymität Freiräume für Kriminalität schafft“ und dass „Menschen, die einander kennen, sich nicht mehr gleichgültig sind“. So geht es bei dieser Arbeit vor allem darum, die Anonymität im Wohnviertel zu überwinden und eine neue Form der Kommunikation zwischen Nachbarn zu schaffen, die zur Aufmerksamkeit und Mitverantwortung für den Nachbarn führt. Das Projekt arbeitet auf zwei Ebenen:

- Der Kommunikationsebene mit der Organisation von Nachbarschaftstreffen, Stammtischen und gemeinsamen Unternehmungen zum gegenseitigen Kennenlernen und
- der Informationsebene mit verschiedenen Informationsveranstaltungen über Trickdiebstahl, Einbruch etc. und kostenlosen Sicherheitsberatungen des Polizeiladens Offenbach.

Ergebnis:

Die Aktion „Nachbarn schützen Nachbarn“ fand von Beginn an ein starkes Interesse der Anwohner. Die vielfältigen Aktionen wurden gestützt durch das Engagement der Bewohner und führten zu verstärkten und gefestigten Sozialbindungen im Viertel. In den Urlaubsmonaten werden die Hausschlüssel untereinander ausgetauscht, um Briefkästen zu leeren und nach dem rechten zu sehen.

Das Projekt erhielt den 3. Hessischen Präventionspreis.

10) Naherholungsgebiet Steinbrüche Dietesheim – Eine experimentelle Aktion

Adresse: Arbeitskreis für Kriminalprävention
Rathaus • Friedensstraße 20 • 63165 Mühlheim am Main
☎ (06108) 60116 📠 (06108) 60125 ✉ pressestelle@rathaus.muehlheim.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Um das Naherholungsgebiet Steinbrüche Dietesheim langfristig als Kleinod der Stadt Mühlheim zu erhalten und insbesondere eine nicht gewollte, intensive und zugleich satzungswidrige Nutzung, die bis zu einer starken Vermüllung und zu großen Schäden durch Vandalismus geführt hat, zu vermeiden. Hierfür beschreitet der Arbeitskreis vier Wege:

- Aufklärung der Besucher, um das fehlende Unrechtsbewusstsein zu wecken;
- Repression durch Polizei und Ordnungsbehörden, um auf die Unbelehrbaren einzuwirken;
- pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, um ein Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung des Gebietes zu schaffen und
- Informationsarbeit bei Erwachsenen, um dem Naherholungsgebiet in der Öffentlichkeit wieder ein positives Ansehen zu geben.

Im Einzelnen wurde ein Aktionspaket für die Grund- und Sonderschulen für den Sachkundeunterricht, das aus Führungen, Video- und Fotoarbeiten, Bildern und Texten sowie einer Sammlung von Fundstücken besteht, geschaffen. Waldjugendspiele, ein Lauftreff und beschauliche Spaziergänge wurden organisiert. Der Präventionsrat erarbeitete zudem Hinweistafeln, die aufgestellt wurden, und sorgte für die Installierung einer Notrufsäule im Naherholungsgebiet. Aktionswochen und eine Putzaktion vervollständigten die Aktionen.

Ergebnis:

Ob die Aktionen nachhaltig erfolgreich sind, wird sicherlich erst in einigen Jahren erkennbar sein.

11) *Naturnahe Schulhofumgestaltung an der Pestalozzischule Karben*

Adresse: Arbeitskreis Schule, c/o Dorothea Fingerling
Assenheimer Straße 10 • 61184 Karben
☎ und 📠 (06039) 14 51

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt „Naturnahe Schulhofumgestaltung“ ist das vierte Projekt des Arbeitskreises Schule, Untergruppe des Gesprächskreises Prävention der Stadt Karben. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass der Schulhof, wie die meisten im Land, überwiegend asphaltiert, nur am Rande mit einigen Büschen bepflanzt und mit einigen wenigen Spielgeräten versehen ist, um die die Kinder konkurrieren müssen. Das Ziel des Projekts ist es, einen bislang toten, asphaltierten Schulhof in Eigenarbeit ökologisch zu einem Erlebnisraum umzugestalten, der allen Kindern Anregung bietet. Dabei werden Ökologie und Gewaltprävention zusammengebracht. So wurde begonnen, einen Schulhof zu schaffen, der pädagogisch und naturnah gestaltet ein wirklicher Erholungsraum ist und so dem Namen „Pausenhof“ gerecht wird. Der Schulhof wird in verschiedene Räume aufgeteilt, um Nischen für die verschiedenen Bedürfnisse zu bieten: Hinter Büschen ein Schutzraum, auf freier Wiese Begegnungs- und Bewegungsraum, Gesprächsraum, Spielraum und Gestaltungsraum. Denn wo Kinder Anregungen finden und sich beschäftigen können, gibt es mehr Toleranz und weniger Konflikte. Außerdem bietet der Schulhof eine Alternative zu einem versachlichten und distanzierten Vermitteln von Lernstoffen in Sachkunde/Biologie, denn nun kann der Lerninhalt im „grünen Klassenzimmer“ gerochen, gefühlt, geschmeckt und begriffen werden. Zielsetzung ist, dass der Schulhof durch seinen Abwechslungsreichtum die Sinne fordert und fördert, an Nachmittagen offen und nutzbar ist, als grüne Oase den Ortsteil aufwertet und hoffentlich zum beliebten Treffpunkt wird, mit dem Schüler und Schülerinnen sich identifizieren, da sie ihn auch mitgestaltet haben.

In der ersten Durchführungsphase haben Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Eltern einen Teilabschnitt unter Anleitung eines Försters umgestaltet. Sie legten eine Trockenmauer, eine Wildblumenwiese, eine Magerwiese und eine Ruderalfläche an. Das Arbeitsergebnis wurde im Rahmen des Jubiläums „50 Jahre Grundsteinlegung der Pestalozzischule“ mit der „Grundstammlegung“ eines alten Baumstammes gefeiert.

Nachdem die Projektkasse durch verschiedene Aktionen, Spenden und schließlich einen Benefiz-Lauf gefüllt wurde, konnte die Schulgemeinde am 28./29. September 2001 die Umgestaltung des zweiten Teilabschnitts (Spielbereich) vornehmen.

Ergebnis:

Die Identifikation mit dem Projekt ist an der Pestalozzischule groß, so dass dem Fortgang der gemeinsamen Schulhofumgestaltung mit ökologischer und gewaltpräventiver Zielsetzung optimistisch und mit Freuden entgegengesehen wird.

12) Netzwerk Verantwortungsübernahme und Gewaltprävention

Adresse: Staatliches Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis
und den Landkreis Limburg-Weilburg
Brühlsbachstraße 15 • 35578 Wetzlar
☎ (06441) 500 21 50 📠 (06441) 4 74 45
💻 balzer.hartmut@t-online.de und www.verantwortung.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Seit 1991 beschäftigt sich die Koordinierungsstelle mit Projekten zur Gewaltprävention. Seit dieser Zeit wurden

- für die Lehrer- und Schulberatung Schulprogramme zum Thema Gewaltprävention und der Entwicklung einer gesunden Schule entwickelt;
- die Filme „Der Gewalt auf der Spur“, „Immer in die Schnauze“, „Schule der Toleranz und der Verständigung“ gefertigt, damit diese als Anregung im Schulunterricht verwendet werden können;
- eine WeBSITE im Internet mit Praxiserfahrung angeboten, die ein schulnahes Angebot mit Referenten, bewährten Projekten und geeigneten Unterrichtsmaterialien enthält;
- die Betreuung von Schulprojekten veranlasst, u.a. das Euro-Projekt Schul- und Klassenklima und geschlechtsspezifische Gewaltprävention;
- ein Netzwerkverein geschaffen, damit Schulprojekte bezahlbar werden und
- die Durchführung von Transferveranstaltungen ins Werk gesetzt.

Die vielfältigen Projekte und Maßnahmen werden durch das Netzwerk breit gestreut, es bestehen vielfältige Kooperationspartnerschaften mit Institutionen bis hin zur Barmer Ersatzkasse. Zudem wurde mit der Polizei die inzwischen bundesweit bekannte „Arbeitsgruppe Gewalt an Schulen“ (AGGAS) gegründet.

Ergebnis:

Die unterschiedlichen Projekte und Maßnahmen des Netzwerks werden in Anspruch genommen.

13) Projekt „Installation eines Kunstobjekts“ mit straffällig gewordenen Jugendlichen

Adresse: Verein Kinder- und Jugendhilfe e.V.
Mainzer Landstraße 719 HH • 65934 Frankfurt am Main
☎ (069) 38 47 29 📠 (069) 38 19 52

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Ziel des Projekts ist es, Inhalte und Themen straffälliger Jugendlicher mit diesen gemeinsam zu bearbeiten und in eine künstlerische Form zu bringen.

In mehreren Projektphasen wurde das Materialangebot von Beton auf die Bearbeitung von Sandstein und Eisen ausgeweitet. Thematisch und gestalterisch bekam die Kunstinstallation die Form einer Bühne, in der die einzelnen Werke den Lebensraum der Teilnehmer dokumentierten. Die Gestaltung der Einzelobjekte war jedem Teilnehmer selbst überlassen. Das „Inbeziehungtreten“ mit dem Material, das kreative Schaffen fiel den meisten Jugendlichen nicht leicht und war für sie eine hohe Anforderung, aber auch eine Chance, bewusst oder unbewusst etwas zum Ausdruck zu bringen vom eigenen Erleben. Die vorhandene Struktur, der Rahmen, in dem der Prozess sich fortsetzte, gab den Jugendlichen die für sie notwendige Sicherheit und den Halt, der den meisten im Alltag völlig fehlt. Die kreative Arbeit im Projekt bot über die Auseinandersetzung mit dem Material hinaus die Möglichkeit des Dialogs. Da die verbalen Möglichkeiten des Ausdrucks bei vielen Teilnehmern reduziert sind, dürfte die Bedeutung des künstlerischen, hier nonverbalen Ausdrucks gerade für dieses Klientel sehr hoch sein, da bildnerisches Gestalten unabhängig von Bildung, Stand und intellektuellen Fähigkeiten ist.

Durch den Abschluss der Arbeiten und die Präsentation der Arbeiten in der Öffentlichkeit konnten die Jugendlichen, die ihre selbst empfundene Wertlosigkeit üblicherweise durch Gewalttätigkeiten und Imponiergehabe kompensieren, in einem kleinen Bereich ein Erfolgserlebnis für sich verbuchen. Gerade die Präsentation der Arbeiten in der Öffentlichkeit bedeutete für die Jugendlichen einen Schritt heraus aus der Anonymität und die Anerkennung der geleisteten Arbeit und mithin eine positive Bestätigung.

Ergebnis:

Innerhalb von zwei Jahren haben insgesamt 50 Jugendliche an der Installation mitgearbeitet. In den Zeiträumen von 14 Tagen bis zu vier Monaten haben sie zum Entstehen des Kunstobjekts je nach ihren individuellen Möglichkeiten beigetragen und mithin eine positive Bestätigung ihres Tuns erfahren.

14) *Projekte zur Kriminalprävention an der Staufenschule in Kelkheim-Fischbach*

Adresse: Staufenschule
Gesamtschule des Main-Taunus-Kreises in 65779 Fischbach

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Die Präventionsarbeit an der Staufenschule ist von den Grundsätzen der Praxisnähe und der Alltagsorientiertheit geprägt. Dabei versuchen alle Beteiligten zusammenzuwirken, um eine friedliche und liebenswerte Schule zu schaffen, in der man gerne lernt und lehrt und sich angstfrei und geborgen fühlen kann. Der Umgang mit Gefühlen und Aggressionen sowie der Erwerb sozialer Kompetenz soll für die Schülerinnen und Schüler zum Alltag - nicht nur an der Schule - gehören.

Zu dem Gesamtkonzept gehören die gemeinsame Gestaltung der Pausenhalle und des Schulhofs, die inzwischen mit vielfältigen Sitzgelegenheiten ausgestattet sind, die von Schülerinnen und Schülern in Projektwochen und -tagen sowie im Arbeitslehre-Unterricht selbst gebaut wurden. Die Wände sind von den Schülerinnen und Schülern in verschiedenen Projekten im Kunstunterricht mit eigenen Motiven gestaltet worden. Eine Verunzierung durch Schmierereien ist nicht mehr zu verzeichnen. Auch die Klassenräume sind durch eigene Wandgemälde und besondere Möblierung selbst gestaltet worden. Die verschiedenen Sportmöglichkeiten der Schule auf dem Pausenhof können auch am Nachmittag genutzt werden. Ruhe- und Rückzugsräume sind ebenfalls eingerichtet worden. Ein Schülercafé „Klax“ wird von Schülerinnen und Schülern in eigener Regie betrieben und bietet die Möglichkeit, Selbständigkeit und Übernahme von Verantwortung im geschützten Raum der Schule zu erproben.

Darüber hinaus hat inzwischen ein großer Teil des Kollegiums am Basistraining Mediation teilgenommen, ein Streitschlichterprogramm ist geplant; Mediationsgespräche werden schon angeboten.

Ergebnis:

Das Baukastensystem der Staufenschule ist nach eigener Einschätzung vielleicht „wenig spektakulär, dafür jedoch sehr erfolgreich“. Gewalt und Kriminalität sind an der Staufenschule absolute Ausnahmefälle.

15) **SmoG – Schule machen ohne Gewalt**

Adresse: Polizeipräsidium Osthessen - Polizeidirektion Vogelsberg -
Jugendkoordinator • Lindenstraße 61 • 36341 Lauterbach
☎ (06641) 971-0 📠 (06641) 971-455 📧 poea-vogelsberg@polizei-osthessen.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

SmoG ist ein gemeinsames Projekt des Staatlichen Schulamts, des Jugendamts und der Polizei im Vogelsbergkreis unter Federführung des Jugendkoordinators der Polizeidirektion Vogelsberg. Das Konzept greift die Erfahrungen der Arbeitsgruppe „Gewalt an Schulen“ (AGGAS) in Wetzlar auf und setzt ebenfalls auf die drei Grundsäulen Netzwerk – Prävention – Repression.

Der erste Schritt des Projekts war das Einrichten einer Trouble-Hotline im August 1999. Der Aufbau des Netzwerks setzt auf das sofortige Einbinden aller zuständigen Institutionen, die Koordination aller Maßnahmen mit der Schulleitung und die Schulung von Lehrkräften. Darüber hinaus erfolgt eine Kontaktaufnahme mit Ausländerbeiräten, eine intensive Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Suchtprävention (FSP), die Einbindung der Kirchen und caritativen Organisationen sowie die Zusammenarbeit mit dem Frauenamt des Vogelsbergkreises. Das Netzwerk versucht, einen dauerhaften Dialog zwischen Schule, Schülern, Eltern und Polizei herzustellen. Durch Sponsoring wurden bislang knapp 30.000 DM für das Projekt eingenommen, mit dem Streitschlichterseminare durch professionelle Teams an bisher sechs Schulen durchgeführt worden sind.

Die Präventionsbemühungen stellen den Aufbau einer Vertrauensbasis der beteiligten Stellen in den Vordergrund und damit auf die Verdrängung der Angst auf Dauer. Die Aufklärungsarbeit wird durch Informationsveranstaltungen, Konfliktgespräche, Vorträge, Seminare und projektbezogene Arbeit erreicht. Dabei wird auch eine Aufhellung des Dunkelfeldes angestrebt. Im Übrigen werden Streitschlichterseminare und Mediationsprogramme für Lehrer und Schüler organisiert, und inzwischen wird auch das Antikonflikttraining „cool sein – cool bleiben“ aus Frankfurt angeboten.

Im Rahmen der Repression setzt das Projekt auf zeitnahes Agieren der Polizei - insbesondere bei Erst- und Intensivtätern. Repression ist aber auch im weitesten Sinne als „Reaktion“ durch die Schulen und/oder beteiligten Institutionen zu verstehen.

Ergebnis:

Nach Angaben des Landrats und des Staatlichen Schulamts für den Landkreis Gießen und den Vogelsbergkreis gehen inzwischen Schüler, Lehrer und Eltern mit dem Problembereich „Gewalt“ wesentlich bewusster und sensibler um. Der Kontakt des Projekts zu Schülern, Eltern und Lehrern ist intensiv, das direkte Eingreifen oft von Erfolg gekrönt. Mit dem Aufbau von Vertrauen, dem Ernstnehmen der Beteiligten und dem klaren Setzen von Grenzen konnten viele Konflikte bereits im Vorfeld bearbeitet werden. Trouble-Hotline, die Streitschlichterseminare und ein gut begleiteter Täter-Opfer-Ausgleich werden von den Beteiligten angenommen.

16) *SOS-Handy Viernheim*

Adresse: Magistrat der Stadt Viernheim - Frauenbeauftragte -
Außenstelle Molitorstraße 25 • 68519 Viernheim
☎ (06204) 98 83 61

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Modell „SOS-Handy Viernheim“ versteht sich neben dem „Frauennachtfahrdienst“ als weiterer Baustein für die Sicherheit der Viernheimer Frauen.

Die Idee, gebrauchte Handys zu sammeln, welche nicht mehr genutzt werden, um sie sodann den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen, greift die Tatsache auf, dass gesetzliche Bestimmungen für Mobiltelefone dazu führen, dass auch nach Ablauf einer Vertragsfrist die Möglichkeit gegeben ist, einen Notruf gebührenfrei abzusetzen. Die gesammelten Handys sollen an Menschen ausgeliehen werden, die sich kein eigenes Handy leisten können, damit auch ihnen durch die Möglichkeit, jederzeit einen Notruf abzusetzen, ein erhöhtes Sicherheitsgefühl vermittelt werden kann.

Die Idee von „SOS-Handy Viernheim“ ist aus Heidelberg übernommen worden, wo der Verein „Sicherheit, sicheres Heidelberg e.V.“ inzwischen von zur Verfügung gestellten 300 über 100 Handys im Einsatz hat. Im Gegenzug hat Heidelberg das Viernheimer Frauennachttaxi-Modell übernommen.

Ergebnis:

Das Modell „SOS-Handy Viernheim“ startet erst zum 1. Oktober 2001, die mitgeteilten Erfahrungen aus Heidelberg lassen aber kaum Zweifel an einer erfolgreichen Umsetzung zu. Das Modell „SOS-Handy Viernheim“ kann mit dem „Frauennachtfahrdienst“ und den „Angstraumspaziergängen in der Innenstadt“ zur Hebung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune beitragen.

17) Training zur Zivilcourage – Theaterpädagogische Gewaltprävention

Adresse: Schultheater - Studio Frankfurt, Theaterpädagogisches Zentrum
Hammarskjöldring 17a • 60439 Frankfurt am Main
☎ (069) 212-32044 + 30967 📠 (069) 212-32070 📧 schultheater@gmx.net

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Mit dem Theaterworkshop sollen mit spielerischen Methoden in fünf Schulstunden das Bewusstsein über die eigene Rolle in Gewaltprozessen sensibilisiert, Erfahrungen der Teilnehmer verarbeitet, Lösungsmöglichkeiten gesucht und Anti-Gewalt-Initiativen geweckt werden. Durch die Theaterarbeit soll ermöglicht werden, jenseits rein kognitiver Fähigkeiten einen direkten emotionalen Zugriff auf das Thema zu finden. Aggressionen, Angst und Hilflosigkeit werden im geschützten Raum der „Bühne“ sinnlich erfahrbar und reflektierbar gemacht und sollen so Veränderungsprozesse für die Realität einleiten. Thematisiert wird hierbei sowohl physische wie auch psychische Gewalt (Schikane, Mobbing) - auf der Straße, in der Schule und Zuhause.

Ergebnis:

Das Frankfurter Modellprojekt hat sich inzwischen auf das Rhein-Main-Gebiet, die Kreise Darmstadt, Gießen, Fulda und Main-Kinzig ausgedehnt. An die 200 Schulen aller Schulformen wurden besucht, ca. 4.500 Schülerinnen und Schüler im Alter von zehn bis Anfang 20 Jahre haben das Programm durchlaufen. Oftmals ist der Workshop auch eingebettet in langfristige Mediationsprogramme oder dient als Initialzündung bzw. Auftakt für langfristige Präventionsarbeit.

Das Projekt erhielt den 3. Hessischen Präventionspreis.

2.

Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention

Neben der Unterstützung der kommunalen Kriminalprävention hat die Sachverständigenkommission ihre Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention verstärkt. Dies geschah vor allem durch die Unterstützung der Gründung des Deutschen Forums für Kriminalprävention und die fortlaufende Unterstützung des Deutschen Präventionstages sowie durch die Beteiligung am bundesweiten Austausch von Präventionsideen im Rahmen der Treffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte. Das Land Hessen hat am 1. August 2001 in Erfüllung des Kabinettsbeschlusses vom 17. Oktober 2000 als Gründungsmitglied seinen Stiftungsbeitrag für das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) geleistet. Der Hessische Minister der Justiz Dr. Christean Wagner arbeitet als Mitglied des Kuratoriums des DFK intensiv an der Durchsetzung der präventiven Ideen auf Bundesebene mit. Der Geschäftsführer der Sachverständigenkommission ist Mitglied des DFK-Stifterrats und wird sich darüber hinaus in einem vor der Gründung stehenden Beirat, dem Mitglieder von Landespräventionsräten angehören sollen, engagieren.

Bei der Beteiligung an den Deutschen Präventionstagen wurden folgende Beiträge geleistet:

- a) Im Rahmen des 6. Deutschen Präventionstages vom 3. bis 15. November 2000 in Düsseldorf referierte Herr Bewährungshelfer Werner Exler vom Präventionsrat Hofgeismar zum Thema „Kriminalprävention im Kino“ im Forum Medien. Im Rahmen des Forums Schule stellte Herr Rüdiger Niemann den Trainingskurs „Handlungskompetenz in Gewaltsituationen“ vor, eine Fortentwicklung des prämierten Projekts „Cool sein - Cool bleiben“ aus Frankfurt am Main. Weiterhin berichteten in diesem Forum Herr Helmut Lenzer über das Wetzlarer Modell gegen Gewalt an Schulen und Frau Arleen Büchler-Carter über die friedliche Konfliktlösung an Schulen - Schwerpunkt Mediation - in der Liebig-Schule Frankfurt am Main. Der Geschäftsführer übernahm die Moderation derjenigen Vorträge, die aus den jeweiligen Foren ins Englische übersetzt worden sind.
- b) Im Rahmen des 7. Deutschen Präventionstages vom 26. bis 28. November 2001 in Düsseldorf veranstaltete das Hessische Ministerium der Justiz gemeinsam mit dem Niedersächsischen Ministerium der Justiz und dem Bundesministerium der Justiz das Forum Justiz, in dem u.a. Herr Staatssekretär Herbert Landau einen Vortrag zum Thema „Kriminalprävention und Justiz - Möglichkeiten und Grenzen“ hielt. Die Vorträge wurden durch den Geschäftsführer des Landespräventionsrates moderiert. Im Rahmen des nachmittäglichen Workshops stellte die Psychologische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche das Projekt „Schulung zur frühen Gewaltprävention“ durch Herrn Hans-Werner Müller und Herrn Volker Stasch vor. Über das hessische vorgezogene Jugendverfahren berichteten in diesem Rahmen Herr Dr. Wolfram Schädler und Herr Wolfgang Gores.
Im Forum Schule referierte Herr Hartmut Balzer vom Staatlichen Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg zum Thema „Was leisten Netzwerke für die Gewaltprävention?“.

Durch die fortlaufende Beteiligung an den Treffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte konnte der sinnvolle Informationsaustausch, der sowohl die theoretischen Grundlagen als auch die praktischen Präventionsarbeiten und hier insbesondere die bestehenden Modellprojekte betraf, aufrecht erhalten werden.

3.

Beratung der Hessischen Landesregierung

Schließlich ist die Sachverständigenkommission in aktuellen rechtspolitischen Feldern wiederum dem Wunsch der Landesregierung nachgekommen, Bewertungen und Empfehlungen zu angeordneten präventiven Maßnahmen abzugeben. Beispielhaft sei insoweit darauf verwiesen, dass die Arbeitsgruppe „Gewalt und Minderheiten“ einer Bitte des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport und des Hessischen Städte- und Gemeindebundes nachgekommen ist und sich mit dem Thema „Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus“ beschäftigte. Die Arbeitsgruppe „Gewalt im häuslichen Bereich“ beschäftigte sich auf Wunsch des Hessischen Sozialministeriums u.a. mit dem Aktionsplan gegen Gewalt und bezog hierzu eine größere Gruppe freier Träger in die Arbeitsgruppe ein. Die Arbeitsgruppen „Ladendiebstahl“ und „Graffiti“ nahmen mit diesen Themen genauso wie die Arbeitsgruppe „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“ jeweils ein Petitum des Hessischen Ministers der Justiz auf.

Dass gerade beim Aufgreifen aktueller rechtspolitischer Themen neue Wege gefunden werden können, zeigt die hervorragende Zusammenarbeit des Hessischen Einzelhandelsverbandes, des Kultusministeriums und des Landespräventionsrates bei der Durchführung des Videowettbewerbs zum Thema „Ladendiebstahl“, an dem sich 43 Schulen mit insgesamt 52 Beiträgen beteiligten. Hier gelang es beinahe spielerisch, ein rechtspolitisches Thema pädagogisch aufzuarbeiten. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Bericht der Arbeitsgruppe „Ladendiebstahl“ (siehe Seite 47).

B.

ARBEITSGRUPPE „GEWALT UND MINDERHEITEN“

(mit Geschäftsstelle im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport)

Liste der Mitglieder

Vorsitzender Roland **Ullmann** (bis September 2001: Berndt Baumgart)
Geschäftsführer Thomas **Lorenz** (bis September 2001: Robert Schmitt)

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Angor , Silke	Staatliches Schulamt Offenbach
Barroso , Rogelio	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen e.V.
Czymai , Rita	Landesfrauenrat Hessen
Gutmark , Dr. Jakob	Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
Lipsch , Andreas	Interkultureller Beauftragter der Ev. Kirche in Hessen und Nassau
Meier-Darimont , Gabriele	Hessisches Sozialministerium
Poseck , Dr. Roman	Hessisches Ministerium der Justiz
Retza , Burglinde	Hessisches Sozialministerium
Schelzke , Karl-Christian	Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städte- und Gemeindebund
Stein , Jörg	Polizeioberkommissar, Gewerkschaft der Polizei
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Sportjugend Hessen
Werner , Prof. Dr. Klaus	Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden

Die Arbeitsgruppe tagte am 31.1.2001, 8.3.2001, 31.1.2002, 7.5.2002 und 18.6.2002.

1. **Rechtsextremismus**

- Maßnahmenkatalog
- Vortragsveranstaltung HPS
- Projekte
- Zwischenergebnis

Anfang des Jahres 2001 beschlossen die Mitglieder der Arbeitsgruppe I, einer Bitte des Innenministeriums und des Hessischen Städte- und Gemeindebundes nachzukommen und sich mit dem Thema „Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus“ als Arbeitsschwerpunkt zu befassen.

Zur Erlangung eines Überblicks entschied sich die Arbeitsgruppe, einleitend gezielt Informationen zu erheben. Anhand der Ergebnisse dieser Erhebung sollten mögliche Handlungsfelder erkannt und von der Arbeitsgruppe I aufgegriffen werden. Weiterhin war daran gedacht, auf der Basis der erhofften Informationen einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, sofern dieser einen Mehrwert gegenüber bereits vorhandenem Material darstellen würde.

Diese Informationssammlung erbrachte einen bundesweiten Überblick über zahlreiche Projekte zu Teilbereichen des Themenkomplexes. Insbesondere der Info-Pool des Bundeskriminalamtes enthält u.a spezifische Projekte mit den Schwerpunkten

- Ausstiegshilfen Rechtsextremismus;
- Lehrerfortbildung Rechtsextremismus;
- Präventionsgespräche Rechts;
- Jugendarbeit gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Als bedeutsam für die weitere Arbeit der Arbeitsgruppe stellte sich auch eine Zusammenstellung der Berliner Landeskommision gegen Gewalt von „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ dar. Nach Auswertung umfangreichen Informationsmaterials werden dort Maßnahmen/Projekte u.a. in folgenden Bereichen durchgeführt:

- Schule (z.B. Unterrichtsinhalte und Fortbildung);
- Jugend (z.B. Jugendsozialarbeit, Familien, politische Bildung, Fortbildung Jugendhilfe);
- Frauen (z.B. Anti-Gewalt-Training, Beratung für Migrantinnen, Frauensebsthilfe);
- Soziales (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, kulturübergreifende Verständigung, Training);
- Inneres und Justiz (z.B. Sonderermittlungsgruppen/Spezialabteilung, Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen und -broschüren, Sportangebote für straffällig gewordene Jugendliche).

Eine ressortübergreifende Zusammenstellung solcher themenspezifischer Präventionsmaßnahmen und Projekte in Hessen besteht bisher nicht, könnte jedoch als Orientierungshilfe für örtliche Präventionsgremien wertvoll sein. Aus diesem Grunde werden seit Mitte des Jahres 2001 über den Landespräventionsrat auch Informationen über aktuelle Projekte, Initiativen und Zielgruppen zum Thema Prävention von rechtsextremistischen Tendenzen/Handlungen bei verschiedenen Ministerien, Institutionen, Verbänden und Gremien erhoben.

Aufgrund der Komplexität des Themas und der Tatsache, dass viele hessische Präventionsprojekte ganzheitlich (z.B. Gewaltprävention) ausgerichtet sind und den Rechtsextremismus nur als Teilbereich berühren, dauern die Erhebungen diesbezüglich noch an.

Im Rahmen einer von der Arbeitsgruppe I initiierten Vortragsveranstaltung im September 2001 an der Hessischen Polizeischule referierte Frau Dr. Rippl von der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau, Inhaberin eines Lehrstuhls für Soziologie, zum Thema „Frauen und Rechtsextremismus“. Dabei legte sie dar, dass rechte Einstellungen zwar Ursache für rechtes Verhalten sind, aber nicht zwangsläufig zu extremem Verhalten führen. Rechte Orientierungsmuster seien viel weiter verbreitet als rechtsextremes Verhalten, werden aber nur unter bestimmten Bedingungen mobilisiert (z.B. Hoyerswerda). Nach empirischen Befunden sei Rechtsextremismus auf der Ebene der Orientierungen kein Männerphänomen. Auf der Verhaltensebene allerdings fielen die Unterschiede recht deutlich aus, wie beim Wahlverhalten und besonders bei physischen Gewalthandlungen.

Rechte Gewalttaten seien, so Frau Dr. Rippl, ganz klar ein Männerphänomen. Rechtsextremismus, als Orientierungsmuster verstanden, gebe es bei Männern und gleichermaßen bei Frauen, mit einer gewissen Ausdifferenzierung hinsichtlich der Gewaltakzeptanz.

Frau Dr. Rippl zog das Fazit, dass Konkurrenz motive, unabhängig von Geschlechtsunterschieden, mit einer erhöhten Prävalenz für rechte Orientierungen einhergehen. In unserer individualisierten Gesellschaft werde Konkurrenz zum immer wichtigeren Motiv. Jeder sei für sein individuelles Schicksal, seinen Erfolg aber auch seinen Misserfolg selbst verantwortlich. Das daraus entstehende Konkurrenzdenken stehe in Interaktion mit anderen gesellschaftlichen Bedingungen, wenn etwa der Erfolg ausbleibt. Dies führe über einen individuellen Druck dazu, dass versucht werde, Anerkennungsdefiziten auf andere Weise zu begegnen, z.B. indem anderen die Schuld am eigenen Misserfolg gegeben wird. Frau Dr. Rippl vertrat die These, dass sich die Geschlechtsunterschiede aufgrund der Zunahme von Konkurrenz- und Leistungsorientierung auch bei Frauen auf lange Sicht gesehen angleichen werden.

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport bereitet die Herausgabe einer „Themenbroschüre Rechtsextremismus“ vor. Zielgruppe sind Lehrerinnen und Lehrer, Bildungseinrichtungen, Eltern, Schülerinnen und Schüler, aber auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Diese Informationsbroschüre soll der Zielgruppe helfen, rechtsextreme Tendenzen zu erkennen und sie auffordern, aktiv dagegen vorzugehen und Zivilcourage zu zeigen.

Die Broschüre wird Informationen zu den Fragen

- Warum ist Rechtsextremismus gefährlich?
- Wie sieht die Situation in Hessen aus?
- Wie erkenne ich Rechtsextremismus?
- Was unternimmt der Staat gegen den Rechtsextremismus?
- Was kann ich selbst tun im Kampf gegen Rechts?
- An wen kann ich mich wenden?

enthalten.

Auf Grundlage einer Regierungserklärung von Herrn Staatsminister Bouffier am 20. Februar 2001 wurde im August 2001 unter Federführung des Landespolizeipräsidiums eine ressortübergreifenden Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Justiz-, Kultus- und Sozialministeriums gebildet. In mehreren Workshops wurde eine Rahmenkonzeption „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen“ entwickelt. Mit dieser sollen jugendliche Sympathisanten, Mitläufer, Aktivisten mit noch ungefestigter rechtsextremistischer Gesinnung unter Einbeziehung der Polizeipräsidien, der Justiz, des Verfassungsschutzes, der Jugend-, Sozial- und Wohnungsämter, der Schulen und der Präventionsgremien mit individuellen örtlichen Ausstiegsmaßnahmen gezielt angesprochen werden.

Die Konzeption befindet sich noch in der fachlichen Abstimmung. Eine zeitnahe Umsetzung ist beabsichtigt.

Anhand der durchgeführten Informationssammlung kristallisierten sich bisher keine konkreten Brennpunkte oder Arbeitsgebiete heraus, die einen weiteren Handlungsbedarf im Rahmen der Möglichkeiten der Arbeitsgruppe I erkennen lassen.

Die Arbeitsgruppe I erachtet das Thema Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus weiterhin als wichtig. Sie wird daher die Behandlung des Themas fortsetzen und insbesondere die begonnene Erhebung zu den themenspezifischen Präventionsmaßnahmen und Projekten abschließen.

Sollten sich im weiteren Verlauf der Informationserhebung zum Themenbereich (inklusive des aktuellen Forschungsstandes) Brennpunkte/Arbeitsgebiete für die Arbeitsgruppe I ergeben, wird sie erneut tätig.

2. Islamismus

Unter anderem aufgrund der aktuellen Entwicklungen beschloss die Arbeitsgruppe I Anfang 2002, sich mit dem Thema „Kriminalpräventive Initiativen zur verbesserten Integration der Muslime in Hessen“ zu befassen, was bereits 1999 in Teilaspekten vorgesehen war. Einerseits sollen Vorurteile gegenüber Angehörigen islamischen Glaubens abgebaut und so Gewalt gegen muslimische Minderheiten in Hessen verhindert werden, andererseits könnte über einen Dialog auch möglichen extremistischen Bestrebungen seitens dieses Personenkreises entgegengewirkt werden.

Nach ersten Erörterungen der Thematik im Mai und Juni 2002 werden insbesondere die Sammlung von themenbezogenen präventiven Modellen/Projekten im Umgang mit Muslimen (z.B. Moscheebau) als Handreichung für örtliche Gremien und die Durchführung eines Dialogforums als zielführend erachtet.

Das weitere Vorgehen soll durch das Hinzuziehen von Fachvertretern nochmals vertiefend erörtert werden.

C.
ARBEITSGRUPPE „GEWALT IM HÄUSLICHEN BEREICH“
(mit Geschäftsstelle im Hessischen Sozialministerium)

Liste der Mitglieder

Vorsitzende	Prof. Dr. Margrit Brückner
	Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim
Geschäftsführerin	Nancy Gage-Lindner (bis Mai 2002: Huberta von Wedel)

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Akdeniz , Barbara	Frauenbeauftragte der Stadt Darmstadt
Beuter , Brigitte	Arbeitskreis hessischer Frauenhäuser
Bolowich , Dr. Michael	Hessisches Ministerium der Justiz
Cramer , Ulrike	Landkreis Groß-Gerau
Friedrich , Ilona	Jugendamt des Werra-Meißner-Kreises
Globig , Doris	Mühlheimer Arbeitskreis für Kriminalprävention
Grünert , Elke	Hessisches Ministerium der Justiz
Hakert , Ilona	Frauenbeauftragte der Stadt Offenbach
Koepper , Barbara	Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt Limburg
Krichbaum , Erich	Männernetz Hessen e.V.
Lux , Steffen	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Malburg , Elke	Hessisches Sozialministerium
Maucher , Dr. Katharina	Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Oberlik , Renate	Deutscher Kinderschutzbund
Pieper , Anita	Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser
Reckewell , Kerstin	Staatsanwaltschaft Hanau
Schalk , Maria-Theresia	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Skroch , Norma	Frauen-Notruf Pro Familia e.V.
Tews , Kerstin	Frauenbeauftragte des Landkreises Gießen

Die Arbeitsgruppe tagte am 23.1.2001, 29.3.2001, 21.5.2001, 25.9.2001, 22.11.2001, 14.3.2002 und 6.6.2002.

Die Arbeitsgruppe wurde mit persönlicher Unterstützung der hessischen Sozialministerin, des hessischen Innenministers und des hessischen Justizministers beim Präventionsrat neu gegründet und nahm ihre Arbeit im Januar 2001 auf.

Durch die Formulierung des konkreten Auftrages, einen hessischen Aktionsplan gegen Gewalt im häuslichen Bereich zu erstellen, unterscheidet sie sich von den anderen Arbeitsgruppen des Präventionsrates. Um den Anspruch auf interdisziplinäre Zusammenarbeit einlösen zu können, wurden die Mitglieder als Vertretungen der verschiedenen zu beteiligenden Institutionen und Gremien angefragt und von dort entsprechend entsandt.

In der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe am 23.1.2001 wird als generelles Ziel formuliert, die Interventionen bei häuslicher Gewalt zu verstärken (physische, psychische und sexualisierte Gewalt). Maßnahmen, die dem Schutz und der Hilfe für die Opfer dienen, sind dabei zu ergänzen durch Maßnahmen, die Sanktionen für die Täter beinhalten.

Auf der Opferseite müssen Frauen und Kinder unterschieden werden. Auch wenn bei beiden das Recht auf körperliche Unversehrtheit und persönliche Integrität im Vordergrund steht, stehen Kinder in einem zusätzlichen Abhängigkeitsverhältnis zu den Tätern.

Die Arbeitsgruppe hat damit im Grunde zwei Themen, die in der Realität häuslicher Gewalt zumeist ineinander verschränkt sind: Das Verhältnis von Männern und Frauen sowie das von Eltern und Kindern. Wenn Frauen Opfer werden, sind Kinder immer mitbetroffen, ob direkt oder indirekt, denn sie wachsen in einem Klima der Gewalt auf und erfahren Familie nicht als Schutzraum, wodurch das Wohl des Kindes verletzt wird, zugleich können Frauen aber auch Täterinnen gegenüber Kindern sein.

Die Arbeitsgruppe stellt sich folgende Aufgaben:

- **Kurzfristig** sollen Fragen und Möglichkeiten des „**Wegweisungsrechtes**“ im Kontext mit polizeilichen Ordnungsmaßnahmen nach dem HSOG, Regelungen zum Platzverweis, Ingewahrsamnahme und begleitende Intervention betrachtet und bewertet werden. Dabei soll Ziel sein, **polizeiliche Intervention** durch Vorstellung guter Praxismodelle und Verhaltensrichtlinien für die Polizei zu verbessern.
- **Mittelfristig** sollen **gerichtliche Maßnahmen** auf folgenden Ebenen erörtert werden: Zivilgerichte nach dem Gewaltschutzgesetz (Gesetzgebungsverfahren 2001, Inkrafttreten Januar 2002), Strafgerichte mit Aufgabenstellung von Polizei und Staatsanwaltschaft, Familiengerichte mit dem Thema Sorgerechtsverfahren u.a. Ergänzend hierzu sind flankierende Maßnahmen in Form von Begleitung, Beratung, Schutz im Frauenhaus u.a. zu beraten.
- **Langfristig** - auch als Daueraufgaben - sollen folgende **Leistungen und Angebote verbessert** werden: Beratungsdienste und Frauenhäuser (Hilfe, Schutz, Therapie); kommunale Konzepte und Netzwerke (Austausch zu guten Praxismodellen); Öffentlichkeitsarbeit, Prävention und Fortbildung.

Es wird verabredet, dass alle Arbeitsschritte interdisziplinär gestaltet werden sollen.

Außerdem sollen in jedem Themenfeld die jeweiligen mitzubedenkenden Rahmenbedingungen, wie Qualitätsstandards und Ressourcen u.a., erörtert und geklärt werden. Verbesserungsvorschläge sollen jeweils aus den unterschiedlichen Perspektiven von Frauen, Männern und Kindern erarbeitet werden.

Im weiteren Verlauf der Arbeitsgruppensitzungen wurden dann die folgenden Themen abgehandelt:

- **Polizeiliche Ordnungsmaßnahmen** in Hessen nach dem HSOG zur Gewalt im häuslichen Bereich: Zusammenwirken zwischen Polizei und Betroffenen, Kooperation zwischen Polizei und Hilfesystem, Weitergabe von Polizeidaten an Hilfeeinrichtungen (proaktiver Ansatz, Datenschutz).
- **Sonderdezernate bei der Staatsanwaltschaft:** Stellung und Aufgabe der Staatsanwaltschaft, in Betracht kommende Deliktsarten, Abschluss des Ermittlungsverfahrens, Möglichkeiten und Grenzen von Polizei und Justiz.

- Stellungnahme der Projekte im **Hilfesystem gegen Gewalt an Frauen**: Ziele und Handlungsperspektiven zur Intervention gegen Gewalt im häuslichen Bereich.
- **Kinder als Mitbetroffene von häuslicher Gewalt**: Begriffserklärung, Auswirkung der Gewalt auf Kinder und Konsequenzen. Es wird verabredet, eine **Unterarbeitsgruppe „Kinder als Opfer häuslicher Gewalt“** zu bilden.
- **Hilfesystem von Männern für Männer**. Ein flächendeckendes Angebot für qualifizierte Männerberatung gibt es in Hessen nicht. Damit der proaktive Ansatz auch hier umgesetzt werden kann, muss die Männerberatung als Intervention ins Hilfesystem eingebunden werden.

Bezüglich des **Wegweisungsrechtes** und der **polizeilichen Intervention** hat es parallel zu den Aktivitäten der Arbeitsgruppe **folgende Entwicklungen** gegeben:

1. Im Herbst 2001 hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport Verhaltensempfehlungen für die Polizei zum Umgang mit Opfern häuslicher Gewalt vorgelegt und diese mit einem Erlass an alle Polizeidienststellen in Hessen verbunden. Die Arbeitsgruppe leitete dieses Material auch an die regionalen Arbeitskreise gegen Gewalt im häuslichen Bereich in Hessen weiter und bat sie,
 - die Kooperation mit der örtlichen Polizei neben anderen im Hilfesystem Tätigen zu suchen;
 - sich in die Diskussion um ein Berichtswesen der Polizei einzubringen und ein eigenes Berichtswesen zu entwickeln.

Rückmeldungen über Erfahrungen, Wünsche/Forderungen an die Arbeitsgruppe „Gewalt im häuslichen Bereich“ sind erwünscht. Alle Mitglieder der Landesarbeitsgruppe haben sich als Ansprechpartnerinnen und -partner für Fragen, Beratung und Kooperationsprozesse zwischen Landes- und regionalen Arbeitsgruppen angeboten und damit einen Beitrag zur Unterstützung der örtlichen Präventionsräte geleistet.

2. Zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung legten die Fraktionen der CDU/FDP, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen jeweils einen Gesetzentwurf vor. Die Entwürfe differierten im Wesentlichen zur Dauer des Platzverweises. Regelungen zur Datenübermittlung zwischen Polizei und Hilfeinstitutionen (proaktiver Ansatz) waren nicht vorgesehen. Der Innenausschuss des Landtages hat zu diesen Gesetzentwürfen sowie zum Gesamtkomplex häusliche Gewalt am 29. Mai 2002 eine öffentliche Anhörung durchgeführt und hierzu Sachverständige, mitunter die Arbeitsgruppe als solche sowie eine Vielzahl ihrer Mitglieder, die ja eine Vielfalt an Arbeitsfeldern zur Gewalt im häuslichen Bereich abdecken, eingeladen.

Im Ergebnis kam es im August 2002 zu einem interfraktionellen Gesetzentwurf, der weitestgehend die Hinweise aus den Stellungnahmen der Arbeitsgruppe berücksichtigt. In der parlamentarischen Debatte haben die Landtagsabgeordneten ausdrücklich die Bedeutung der Beiträge der Sachverständigen für ihre Meinungsbildung betont. Mit Gesetz vom 29. August 2002 wurde eine eigenständige Regelung zum polizeilichen Platzverweis bei häuslicher Gewalt eingeführt, die auf bis zu 14 Tage befristet und ggf. für weitere 14 Tage verhängt

werden kann, wenn der zivilgerichtliche Schutz in der Zwischenzeit nicht erlangt werden konnte.

Die Arbeitsgruppe begrüßt diese rechtspolitische Entwicklung und wird die praktische Umsetzung der neuen Regelung beratend begleiten.

Im Mai 2002 fand ein Austauschgespräch über die politischen Prioritäten bei der Entwicklung eines Landesaktionsplanes zur häuslichen Gewalt statt. Teilgenommen haben Frau Staatsministerin Lautenschläger, Frau Zeimet-Lorz (Mitglied des Landtags, Vorsitzende des Rechtsausschusses und Mitglied des Innenausschusses), Herr Dr. Fünfsinn (Geschäftsführer Landespräventionsrat und Abteilungsleiter Strafrecht im Justizministerium), Frau Prof. Dr. Simmel-Joachim und Frau Gage-Lindner. Es wurden insbesondere die Grundzüge eines Aktionsplans gegen häusliche Gewalt, der notwendigen Fortbildungen insbesondere für die Justiz, einer Öffentlichkeitskampagne u.a. mit Blick auf eine Sensibilisierung von Männern sowie die Bedeutung der koordinierten Hilfen durch die öffentliche Hand und Nichtregierungsorganisationen erörtert.

Eine weitere Unterarbeitsgruppe hat sich im Juni 2002 konstituiert. Diese ist beauftragt, zur besseren Implementierung der neuen Rechtslage nach dem Gewaltschutzgesetz und der Änderung des HSOG Empfehlungen für koordiniertes Vorgehen zu entwickeln. Diese Empfehlungen sollen mit regional tätigen Präventionsräten, runden Tischen und Arbeitskreisen zu Gewalt im häuslichen Bereich zurückgekoppelt und um deren Anregungen angereichert werden.

Die Arbeitsgruppe möchte weiterhin voraussichtlich im Januar 2003 - ein Jahr nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes und kurz nach Einführung des neuen polizeilichen Platzverweises bei häuslicher Gewalt - eine Landesveranstaltung zum Austausch von guten Praxisbeispielen unter Beteiligung der regionalen Praxis ausrichten. Zur Vorbereitung führt sie derzeit eine Umfrage bei bestehenden regionalen Arbeitskreisen zu deren Vorhaben und Kooperationsstrukturen durch.

Eine für Anfang 2003 geplante Fortbildungsveranstaltung zum Gewaltschutzgesetz für die Justiz, die im Justizministerium vorbereitet wird, soll in Kooperation mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe durchgeführt werden.

D.
ARBEITSGRUPPE „STÄDTISCHE (ÖFFENTLICHE) GEWALTSITUATIONEN“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Dr. Karl Heinz Groß
Geschäftsführerin	Claudia Weisbart

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Flade , Dr. Antje	Institut Wohnen und Umwelt
Friedrich , Werner	Grenzschutzpräsidium Mitte
Gerhard , Bernd	Geschäftsführer, R+V Versicherung
Kulenkampff , Christoph	Staatssekretär a.D., Schader-Stiftung Darmstadt
Meyer , Doris	Geschäftsführerin, Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.
Philippi , Hans Robert	Polizeipräsidium Offenbach
Raabe , Rudolf	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
Ritzefeld , Brunhilde	Hessisches Sozialministerium
Sauer , Dietrich	Polizeipräsidium Frankfurt am Main
Scheunemann , Klaus	Journalist
Seehawer , Christina	Landesfrauenring

Die Arbeitsgruppe hat am 15.11.2001, 10.1.2002 und 28.5.2002 in Wiesbaden getagt.

Die Arbeitsgruppe III hat eine Broschüre erstellt, die als Handreichung für all jene bestimmt ist, die sich bereits bei der Kriminalprävention engagiert haben oder ein Engagement in Erwägung ziehen, vielleicht auch wissen möchten, wie man einen Präventionsrat ins Leben ruft und was einen dabei erwartet. Zum anderen sollen aber auch diejenigen, die sich (zunächst einmal) bloß für das interessieren, was man unter Kriminalprävention und unter den Präventionsräten zu verstehen hat, angesprochen werden. Die Broschüre wird - wie der vorliegende Bericht - anlässlich der Jubiläumsveranstaltung des Landespräventionsrates am 18. November 2002 ausgegeben und kann zukünftig bei dessen Geschäftsstelle im Hessischen Ministerium der Justiz angefordert werden.

E.
ARBEITSGRUPPE „JUGENDKRIMINALITÄT“
(mit Geschäftsstelle im Hessischen Sozialministerium)

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Prof. Dr. Hans-Dieter Heun
Geschäftsführer	Dirk Friedrichs

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Kirchner , Gernot	Justizvollzugsanstalt Wiesbaden
Klein , Eberhard	Amt für Kinder- und Jugendarbeit der Ev. Kirche in Hessen und Nassau
Körner , Marek	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Korstian , Peter	Hessisches Landeskriminalamt
Rademacher , Helmolt	Hessisches Lehrinstitut für Pädagogik
Stolze , Jürgen	Hessisches Sozialministerium
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Sportjugend Hessen
Weisbart , Claudia	Hessisches Ministerium der Justiz
Weyel , Frank	DVJJ-Regionalgruppe Hessen

Die Arbeitsgruppe tagte am 22.3.2001, 6.6.2001, 26.11.2001, 31.1.2002, 21.3.2002, 29.4.2002, 21.5.2002 und 12.8.2002.

1. Einführung

Die Arbeitsgruppe „Jugendkriminalität“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, zu einer differenzierteren und problemorientierteren Wahrnehmung und Analyse von normabweichendem und gefährdendem Verhalten junger Menschen in Abgrenzung zwischen alterstypischer „Episodendelinquenz“ und krisenhaft-dynamischer „Intensivdelinquenz“ beizutragen.

In diesem Kontext wird der Erarbeitung lösungsorientierter und differenzierter Präventionsvorschläge besonderes Gewicht beigemessen.

Dieser Grundhaltung folgend hat sich die Arbeitsgruppe im Wissen um die Komplexität ihrer Aufgabe mit den nachfolgend dargestellten Einzelthematiken befasst:

Vernetzung/Kooperation

Eine enge, in der Sache verbesserte Form der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schule, Polizei und Justiz im Sinne eines diagnostischen Vorgehens ist notwendig.

Geschlossene Unterbringung

In wenigen, sehr seltenen Konstellationen kann die zeitweilige pädagogische Betreuung in einer geschlossenen Gruppe eine dem jeweiligen Fall angemessene Form der Intervention sein. Es sollen keine neuen und gesonderten Einrichtungen, sondern in bestehenden offenen oder halboffenen Einrichtungen Module von geschlossener (geschützter) Unterbringung geschaffen werden.

Prävention im Team (PiT)

Das Programm „Prävention im Team“ (PiT) bietet eine gute Struktur, um die Kooperation und Kommunikation von Schule, Jugendarbeit und Polizei im Hinblick auf Gewaltprävention voranzutreiben.

Evaluation

Die Arbeitsgruppe setzt sich dafür ein, dass Evaluationsverfahren entwickelt werden, die Aufschluss darüber geben, wie Empfehlungen der Arbeitsgruppe umgesetzt werden und inwieweit sie Anforderungen an Prävention in der Jugenddelinquenz berücksichtigen.

2. Die Arbeitsgruppe hat nachfolgende Anmerkungen und Empfehlungen zur Situation und zum Umgang mit jugendlichen Intensivtätern beschlossen:

a) Zur Entwicklung der Kinder- und Jugendkriminalität und der Bedeutung von Prävention

Nach unserer Überzeugung besteht weder Anlass, die Entwicklung zu dramatisieren noch sie umgekehrt als bloße Bedrohungsphantasie zu verharmlosen.

Ob die Delinquenz junger Menschen in dem Maße, wie es die Polizeiliche Kriminalstatistik ausweist, auch real zugenommen hat, lässt sich unsererseits nicht verifizieren. Nach den vorliegenden Erkenntnissen wirkt sich auch die verstärkte Aufklärungs- und Präventionsarbeit von Polizei, Sozialarbeit, Verbänden und Kommunen mit der Folge einer erhöhten Anzeigebereitschaft und verstärkter öffentlicher sowie gewerblicher Kontrolle in erheblichem Maße auf die steigenden Tatverdächtigenanteile in der Kriminalstatistik aus.

So sind die Tatverdächtigenzahlen der Kinder zu über 50 % durch das Delikt Ladendiebstahl - vorzugsweise im Bereich der Warenhäuser und Großmärkte - bestimmt, bei dem die Kontrolldichte durch sog. „Kaufhausdetektive“ oder sonstiges Personal maßgeblichen Einfluss auf die Steigerungsraten in der Statistik hat.

Gleichermaßen kann es bei einem klassischen Kontrolldelikt, wie beispielsweise der Betäubungsmittelkriminalität, infolge „eingeschränkter“ Kontrollmaßnahmen zu einem Rückgang der Tatverdächtigenzahlen kommen, ohne dass eine tatsächliche Abnahme der Delikte in diesem Kriminalitätsbereich erfolgt ist.

Wir sehen es daher als notwendig an, die staatlichen - respektive die öffentlichen - Anstrengungen zur Reduktion von Kinder- und Jugenddelinquenz sowohl im Umfang als auch insbesondere inhaltlich nicht primär von der statistischen Entwicklung abhängig zu machen, sondern vielmehr an ganzheitliche, möglichst wissenschaftlich und fachlich fundierte Erkenntnisse zu knüpfen.

Dennoch lässt die Kriminalstatistik aufgrund ihrer kontinuierlichen Fortschreibung Rückschlüsse hinsichtlich der Entwicklung von Kinder- und Jugenddelinquenz zu. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist in der Altersgruppe der Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden im langfristigen Bereich auf eine steigende Delinquenzbelastung hin, die in einzelnen Deliktsbereichen als besorgniserregend bezeichnet werden muss.

Insbesondere ist besorgniserregend:

- Immer häufiger werden Kinder polizeilich als Tatverdächtige registriert.
- Die Verrohung und Brutalität bei Gewalthandlungen nimmt offenbar zu.
- Die Tatverdächtigenbelastung der Migranten in dieser Altersgruppe ist überproportional hoch.

Eine sachliche, an Fakten orientierte und nicht von Interessen geleitete Einschätzung der Erscheinungsformen von Kinder- und Jugenddelinquenz ist für uns Voraussetzung für eine Bewertung und für Überlegungen, wie in präventiver und repressiver Hinsicht das Ziel einer Verminderung dieser Phänomene erreicht werden kann.

Die Stichworte zur Erklärung dieser Entwicklung, die wir hier beispielhaft anführen, verweisen zugleich darauf, dass viele verschiedene Akteure - Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Wirtschaft, Polizei, Justiz, Medien, Bürgerinnen und Bürger sowie nicht zuletzt die Politik - Anteile an dieser Entwicklung haben und durch sie zu wirksamen Anstrengungen und zur Zusammenarbeit herausgefordert sind.

Große gesellschaftliche Entwicklungstrends wie z.B.

- die Auflösungserscheinungen der Familie;
- die Schwächung von Kirchen, Vereinen und Verbänden;
- die Zunahme der verfügbaren Freizeit;
- inadäquate Ansprüche (mangelnde Fähigkeit, den Zusammenhang von Leistung und Gegenleistung realistisch einzuschätzen);
- exzessiver Medienkonsum;
- Erosion von Wertorientierungen;
- Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit und Zunahme sozialer Fehlanpassung

zeigen unseres Erachtens auf, dass Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität teilweise unabhängig davon entstanden sind und weiter zunehmen werden, wiederum unabhängig davon, wie kriminalpolitisch darauf reagiert wurde und wird. Damit plädieren wir nicht dafür, die grundlegenden gesellschaftlichen Trends als Ausrede für Passivität zu verwenden. Vielmehr wollen wir deutlich machen, dass die Handlungsansätze umfassender und aufeinander abgestimmt angelegt sein müssen.

Kennzeichnend für jugendliche Intensivtäter ist der Umstand, dass von wenigen Straftätern sehr viele und schwere Straftaten begangen werden. Es ist daher angezeigt, gerade dieser Gruppe besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere ist es notwendig, vorurteilsfrei zu prüfen, welche Maßnahmen im Einzelfall wirksam sind, um die Verfestigung einer kriminellen Karriere abwenden oder gar abbrechen zu können.

Eine sorgfältige Diagnostik muss am Anfang stehen. Das angewendete diagnostische Verfahren sollte dabei imstande sein, Intensivtäter prognostisch zu erkennen und darüber hinaus auch Hilfestellung geben können, um geeignete Behandlungsmaßnahmen zu entwickeln.

b) Empfehlungen

Mit den folgenden Empfehlungen erheben wir nicht den Anspruch, ein umfassendes und widerspruchsfreies Gesamtkonzept vorzulegen. Wir konzentrieren uns vielmehr auf einige Aspekte, die uns in unseren Diskussionen zu jugendlichen Intensivtätern als besonders wichtig erschienen.

aa) VERBESSERUNG DER DIAGNOSTIK

Es fehlt nach unserer Beobachtung an einer kriminologischen Diagnostik, die es erlaubt, massive Gefährdungen früh zu erkennen und darauf spezifisch und rechtzeitig zu reagieren. Es gibt zu viele (und zu wenig stimmige) „Theorien“ und „Systeme“.

Die unterschiedliche Art, an die Probleme heranzugehen, Abgrenzungswünsche und Aversionen zwischen den Akteuren verhindern bislang, dass das prinzipiell mögliche Instrumentarium zur Früherkennung entwickelt und angewandt wird. Die politisch Verantwortlichen könnten und sollten unserer Überzeugung nach die Forderung an ihre Fachleute stellen, alles zu tun, damit Grundsätze, Kriterien und Verfahren einer verbesserten Diagnostik gemeinsam entwickelt werden. Diese sind dann kontinuierlich in Aus- und Weiterbildung zu vermitteln und zu vertiefen.

bb) VERNETZUNG/KOOPERATION

Die Potentiale einer abgestimmten und effektiven Zusammenarbeit beim Umgang mit Intensivtätern, insbesondere der Polizei und Staatsanwaltschaft, der Jugendhilfe, dem Strafvollzug und der Bewährungshilfe müssen in Zukunft auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Rollenverständnisse stärker genutzt werden. Ein beschleunigtes Verfahren bei den Gerichten ist auch aus pädagogischen Gründen anzustreben, um eine zeitnahe Verurteilung zu gewährleisten.

Diagnostische Verfahren sind künftig stärker als bisher einzusetzen. Die Informationen über den Intensivtäter müssen koordiniert und für die beteiligten Professionen transparent gemacht werden. Hierzu sind entsprechende Strukturen zu schaffen.

Die Landesregierung wird deshalb gebeten, einen Modellversuch zu initiieren und zu unterstützen, der in einer ersten Phase

- die Kooperationsgebote auflistet,
- klare Regeln zu deren Umsetzung aufstellt und
- zusätzliche Kriterien entwickelt, die für eine enge, in der Sache verbesserte Form der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schule, Polizei und Justiz im Sinne eines diagnostischen Vorgehens von Nöten sind.

In einer zweiten Phase sind die in der ersten Phase entwickelten Formen von Kooperation anhand bestehender kooperationsintessierter Einrichtungen in die Praxis umzusetzen und zu evaluieren.

Die Ergebnisse des Versuchs sollen der Fachöffentlichkeit vorgestellt und mit ihr diskutiert werden.

cc) STATIONÄRE MASSNAHMEN

Ein besonderes Augenmerk wurde in der jüngsten Vergangenheit auf jene wenigen Jugendlichen gerichtet, die zugleich strafunmündig und besonders auffällige Intensivtäter waren. Angesichts des Umstandes, dass in der Kinder- und Jugendhilfe „geschlossene Unterbringung“ zwar überwiegend abgelehnt wird, in der Praxis aber geschlossene Einrichtungen außerhalb Hessens durchaus genutzt werden, hat die Hessische Landesregierung beschlossen, einen Versuch geschlossener Unterbringung zu erproben.

Die Arbeitsgruppe steht dem nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. *„Es besteht mittlerweile Konsens darüber, dass die Kinder- und Jugendhilfe das Problem unangemessen vereinfachen würde, wenn sie geschlossene Unterbringung als eine Antwort auf strafbare Handlungen von Kindern und Jugendlichen begreifen oder diese als solche anbieten würde. Von viel größerer Bedeutung sind die sozialen Zusammenhänge, die biografische Bedeutung der Delikte, die psychosozialen Mängellagen und der sich daraus ergebende erzieherische Bedarf. Trotz der in einer Reihe von Studien empirisch gut belegten Negativfolgen geschlossener Unterbringungen, der dadurch erzeugten pädagogischen Widersprüche und der problematischen Sogeffekte geschlossener Einrichtungen kann deshalb in wenigen, sehr seltenen Konstellationen die zeitweilige pädagogische Betreuung in einer geschlossenen Gruppe eine dem jeweiligen Fall angemessene Form der Intervention sein“* (11. Kinder- und Jugendbericht). Die Arbeitsgruppe teilt die Auffassung der Sachverständigenkommission.

Wir halten es deshalb auch für fachlich zielführend und effizient, keine neue und gesonderte Einrichtung zu schaffen, sondern in bestehenden offenen oder halboffenen Einrichtungen Module von geschlossener (geschützter) Unterbringung zu schaffen. Dies wäre vermutlich nicht nur preiswerter, sondern es könnten auch die wirtschaftlichen und pädagogischen Ressourcen einer bereits bestehenden Einrichtung genutzt werden. Auch könnte eher der Gefahr begegnet werden, dass eine einmal eingerichtete geschlossene Einrichtung ungeachtet der jeweiligen spezifischen, individuellen Situation von Jugendlichen zunehmend zur bequemen „Abschiebe“-Station würde. Zudem, so scheint uns, könnte eine Durchlässigkeit zwischen geschlossenen und offenen Bereichen einer solchen Einrichtung und eine Mischung von offenen Angeboten (der Betreuung, Therapie, Hilfe, Qualifizierung usw.) und repressiven Elementen (Einschränkungen, Verlegung in den geschlossenen Bereich) eher die nötige Qualität von Intervention und Hilfe bewirken.

3. Prävention im Team - PiT

Die Kooperation und Kommunikation der verschiedenen Institutionen Schule, Jugendarbeit und Polizei im Hinblick auf Gewaltprävention ist trotz aller positiven Bemühungen immer noch unzureichend. Das in Schleswig-Holstein entwickelte Programm „Prävention im Team“ (PiT) bietet eine gute Struktur, um dem Vernetzungsgedanken eine systematische Gestalt zu verleihen. Durch die gezielte Bildung und Schulung von Teams aus Schule, Polizei und ggf. Jugendarbeit wird die Voraussetzung geschaffen, eine stringente inhaltliche Umsetzung des Programms in den Schulen zu realisieren. In Hessen soll das Projekt „Cool sein - cool bleiben“ als inhaltlicher Baustein in das Programm PiT integriert werden. Eine Projektgruppe „PiT-Hessen“ der Arbeitsgruppe Jugendkriminalität ist eingerichtet worden. Diese soll ein für Hessen modifiziertes Programm unter Einschluss bestehender lokaler Angebote (z.B. Cool sein - cool bleiben) entwickeln.

4. Künftige Themen

Gestaltungsfragen des Jugendvollzuges

Die Arbeitsgruppe setzte sich zuletzt mit Gestaltungsfragen des Jugendvollzuges auseinander. Insbesondere die Fortentwicklungsmöglichkeiten der Behandlungsaufgaben mit Hilfe der sog. Neuen Verwaltungssteuerung standen dabei im Mittelpunkt. Der Vorschlag, zur Entlassung anstehenden Gefangenen einen längeren Entlassungsurlaub bis zu drei Monaten zu gewähren und hierfür ein Modellprojekt zu initiieren, befindet sich derzeit in der Diskussion.

Prävention im Team - PiT

Eine Projektgruppe „PiT-Hessen“ der Arbeitsgruppe Jugendkriminalität ist - wie oben ausgeführt - eingerichtet worden. Diese soll ein für Hessen modifiziertes Programm unter Einschluss bestehender lokaler Angebote (z.B. Cool sein - cool bleiben) entwickeln.

Standards für Prävention und Präventionsprojekte

Merkmale und Standards für Prävention und Präventionsprojekte im Bereich der Jugenddelinquenz sollen definiert werden. Der inflationäre Gebrauch des Terminus „Prävention“ ist wenig hilfreich und muss konkretisiert werden.

F. ARBEITSGRUPPE „LADENDIEBSTAHL“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Wolfram Wiesemann
Geschäftsführer	Alfred Ritzke

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Albrecht , Frank	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.
Blaesing , Klaus	Polizeipräsidium Offenbach
Franz , Falko	Hessisches Kultusministerium
Fünfsinn , Dr. Helmut	Hessisches Ministerium der Justiz
Noske , Sigrun	Jugend- und Sozialamt Frankfurt am Main
Schoenfeld , Dieter	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.

Die Arbeitsgruppe tagte am 24.4.2001, 16.5.2001, 30.5.2001 und 14.2.2002.

Die Arbeitsgruppe „Ladendiebstahl“ hat ihr geplantes Projekt, das im 4. Bericht der Sachverständigenkommission angekündigt und in den Grundzügen dargestellt wurde, in der Zwischenzeit erfolgreich abgeschlossen.

Mit Hilfe der engagierten Unterstützung der Arbeitsgruppenmitglieder, die dem Hessischen Kultusministerium angehören, konnten alle hessischen Schulen auf den Videowettbewerb, der unter das Thema „Ladendiebstahl - Total die falsche Richtung“ gestellt worden war, hingewiesen werden. Hierfür wurden den Schulen Plakate, Flyer und Teilnahmebedingungen zur Verfügung gestellt.

Von den einzelnen Klassen oder Arbeitsgemeinschaften der verschiedenen Schulen wurden insgesamt 52 Videofilme vorgelegt, die von den Angehörigen der Arbeitsgruppe in der Landesfilmbildstelle Frankfurt am Main ausgewertet und beurteilt wurden.

Dass gerade beim Aufgreifen aktueller rechtspolitischer Themen neue Wege gefunden werden können, zeigte die hervorragende Zusammenarbeit des Hessischen Einzelhandelsverbandes, des Kultusministeriums und des Landespräventionsrates bei der Durchführung des Videowettbewerbs zum Thema „Ladendiebstahl“, an dem sich 43 Schulen mit insgesamt 52 Beiträgen beteiligten. Hier gelang es beinahe spielerisch, ein rechtspolitisches Thema pädagogisch aufzuarbeiten. Die Abschlussveranstaltung am 30. Mai 2001 im Plenarsaal des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung gestaltete sich wie folgt:

- 10.00 Uhr Begrüßung durch Herrn Justizminister Dr. Christean Wagner, Frau Kultusministerin Karin Wolff und Herrn Präsidenten des Landesverbandes des Hessischen Einzelhandels e.V. Frank Albrecht
- 10.15 Uhr Vorstellung und Präsentation der preisgekrönten Videos durch den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Ladendiebstahl“ Wolfram Wiesemann
- 12.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Den 1. Preis (Teilnahme an einer professionellen Video-Produktion oder an einer Fernseh-Produktion für zwei Tage) erhielt die Arbeitsgemeinschaft der Klasse H8a der Eduard-Spranger-Schule in Frankfurt. Deren Video bearbeitete das Wettbewerbsthema in Form eines Musik-Video-Clips mit selbst komponierter Rap-Musik. Gedanken, Zweifel und Emotionen des „ertappten Ladendiebs“ werden im Wechselgesang in der Jugendsprache wiedergegeben.

Der 2. Preis (Reise, Eintritt und Spezialarrangement für ein Event - Musik/Kultur/Sport nach Wahl - in Deutschland für einen Tag) ging an die Video-AG der 7. Klasse der Georg-Ackermann-Schule in Breuberg. Der Video-Clip stellt in seiner unverkrampften Art und in Form von Interviews die Welt von Jugendlichen der der Erwachsenen gegenüber. Humor, Ironie und Provokation geben Impulse für neue Perspektiven: Wie steht es mit dem „Preis-Leistungs-Verhältnis“ beim Ladendiebstahl?

Mit dem 3. Preis (Anreise und Eintritt für eine Veranstaltung - Bühne/Sport - nach Wahl in der Region) wurde die Klasse 5F der Lichtenbergschule Darmstadt ausgezeichnet. Den Schülerinnen und Schülern gelang es, im szenischen Spiel die Problematik des Verhältnisses des Einzelnen zur Gruppe darzustellen: Der Wunsch des Einzelnen nach Anerkennung durch die Gruppe wird selbst um den hohen Preis eines Ladendiebstahls scheinbar realisiert. Eine Story mit originellem Schluss.

Die Preise wurden den Gewinnern und Teilnehmern in der Zwischenzeit von den Mitarbeitern des Hessischen Einzelhandelsverbandes zur Verfügung gestellt.

In der abschließenden Bewertung des Wettbewerbs in der Sitzung der Arbeitsgruppe am 14.2. 2002 wurden die ausschließlich positiven Beurteilungen durch die beteiligten Ministerien, Initiativen und durch die Medien zur Kenntnis genommen. Es wurde beschlossen, über eine Wiederholung des Projekts in ca. fünf Jahren im Rahmen der Arbeitsgruppe neu zu beraten und zu entscheiden.

Der Hessische Minister der Justiz hat die Arbeitsgruppe beauftragt, ein neues Arbeitsfeld zu übernehmen. Ihr wurde die Aufgabe zugewiesen, dem Sprayer-Unwesen (Graffiti) mit Präventionsstrategien entgegenzutreten.

Im Hinblick auf diese neue Aufgabenstellung hat die Arbeitsgruppe „Ladendiebstahl“ ihre Tätigkeit - vorläufig - abgeschlossen.

G.
ARBEITSGRUPPE „PRAXISORIENTIERTE ERFOLGSKONTROLLE“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Dr. Leo Teuter
Geschäftsführer	Eric Braum

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Desch , Roland	Polizeipräsidium Südhessen, Darmstadt
Dieckmann , Helmut	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt am Main
Geisler , Dr. Claudius	Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main
Heimer , Prof. Dr. Thomas	Hochschule für Bankwirtschaft
Jasch , Michael	Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
Schneider , Prof. Dr. Hans	Fachhochschule Frankfurt am Main
Weyel , Volker	Büro für Suchtprävention Darmstadt
Wieland , Dagmar	Fachstelle für Suchtprävention Gelnhausen-Schlüchtern

Die Arbeitsgruppe „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“ wurde mit konstituierender Sitzung vom 31.1.2002 durch den Landespräventionsrat ins Leben gerufen. Herr Dr. Leo Teuter wurde mit der Leitung beauftragt. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des Hessischen Ministeriums der Justiz und wird von Herrn Eric Braum wahrgenommen. Weitere Sitzungen der Arbeitsgruppe fanden am 18.4. und 4.7.2002 statt.

Da die Arbeitsgemeinschaft nicht mit einer konkreten Themenvorgabe einberufen wurde und somit einen völlig neuen Typus der Arbeitsgruppe darstellt, musste zunächst eine Standortbestimmung der Arbeitsgruppe vorgenommen werden. Den zentralen Aspekt bildete dabei die Frage nach dem Charakter der angestrebten Erfolgskontrolle. Dabei bewährte sich die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, in der Theorie und Praxis ebenso vertreten sind wie die Sozialforschung und der strafrechtliche Bereich.

In einer ausreichend gründlichen und trotzdem zielorientierten Diskussion, die den wesentlichen Raum der bisherigen Sitzungen einnahm, wurde beraten, ob die vorgesehene Erfolgskontrolle sich eher an wirkungs- oder prozessanalytischen Maßstäben orientieren sollte.

Aufgrund der Heterogenität der verschiedenen Projekte bestand rasch Einigkeit, dass eine Wirkungsevaluation bezogen auf die Gesamtheit der Vorhaben nicht möglich sein würde. Sowohl im Hinblick auf eine Analyse der Zielsetzung der Vorhaben wie auch bei einer Analyse des Endergebnisses sei zu erwarten und zu befürchten, dass dies nur Ergebnisse liefern werde, die ausschließlich von dem evaluierten Vorhaben genutzt werden können. Da die Wirkungsvariablen der einzelnen Projekte im Verhältnis zueinander zu unterschiedlich sind, könnte deshalb allenfalls eine Wirkungsanalyse bezogen auf zuvor zu bildende Gruppen angestrebt werden. Für die zu bildenden Cluster könnten dabei lediglich prototypische Wirkungsanalysen durchgeführt werden.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe waren sich jedoch einig, dass auch eine solche Vorgehensweise nicht sinnvoll wäre. Denn bereits eine eindeutige Abgrenzung der verschiedenen Gruppen zueinander erscheint kaum möglich. Es ist vielmehr zu erwarten, dass einzelne Vorhaben auch gruppenübergreifende Elemente beinhalten (so z.B. bei präventiven Vorhaben im Bereich Ausländer und Jugendliche) und deshalb die Clusterbildung mit unüberwindlichen Schwierigkeiten und Unschärfen verbunden wäre.

Zudem ist ein wirkungsanalytischer Ansatz regelmäßig mit einem hohen methodischen Aufwand verbunden. Damit wäre die breite Umsetzung der von der Arbeitsgruppe vorgesehenen und noch zu entwickelnden Evaluationsansätze ausgeschlossen. Außerdem wäre die Gefahr der fremdbestimmten Bewertung der Präventionsarbeit und die dadurch ausgelöste Abwehr der Praxis gegen solche Vorstellungen unvermeidlich und auch völlig berechtigt. Da die Arbeitsgruppe aber von Beginn an ihre Aufgabe als Unterstützung der Vorhaben und nicht als Fremdkontrolle verstanden hat, wurde bereits wegen dieses Gesichtspunktes die Orientierung an einer Wirkungsevaluation verworfen.

Die Durchführung einer Prozessanalyse mit dem Ziel, den Gremien Instrumentarien an die Hand zu geben, ihre Projekte eigenständig zu überprüfen, erschien den Mitgliedern der Arbeitsgruppe demgegenüber wesentlich sinnvoller zu sein.

Bedenken wurden allerdings dahingehend geäußert, dass im Rahmen einer solchen Prozessevaluation eventuell keine Behandlung der Frage stattfinden könne, inwieweit die Vorhaben überhaupt von sinnvollen Zielsetzungen ausgehen. Diese Befürchtung, eine Prozessevaluation wäre auf die Überprüfung der Einhaltung der geplanten Vorhaben beschränkt, ohne dass inhaltliche Bezüge ebenfalls zum Gegenstand der Evaluation würden, konnte im Laufe der Diskussion ausgeräumt werden, da auch im Rahmen der Prozessevaluation eine Ursache-Wirkung-Betrachtung im Prozessablauf vollzogen werden kann.

Dies soll bei der Formulierung von Qualitätsstandards bzw. bei der Entwicklung des beabsichtigten Leitfadens berücksichtigt werden. Damit wäre eine kritische Selbstreflexion der Ziele des Vorhabens unter kriminalpräventiven Gesichtspunkten und deren Überprüfung wesentlicher Teil des zu evaluierenden Prozesses.

Unter diesen inhaltlichen Prämissen verständigten sich die Mitglieder zunächst auf eine Eingrenzung und Konkretisierung der Ausgangspunkte und Ziele. Die Arbeitsgruppe geht dabei von folgenden Ausgangspunkten aus:

1. Die Arbeitsgruppe „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“ sieht ihr Aufgabe darin, die Notwendigkeit der Überprüfung kriminalpräventiver Vorhaben bezüglich deren selbst gesetzten Ziele zu verdeutlichen.
2. Die Arbeitsgruppe „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“ hält es für unbefriedigend und nicht zielführend, wenn kriminalpräventive Vorhaben alleine nach der Plausibilität ihrer Begründung oder nach ideologischen Überzeugungen beurteilt werden können.
3. Die Arbeitsgruppe „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“ versteht Erfolgskontrolle als Instrument der Vorhaben, um erfolgreiche Bemühungen zur Verminderung von realer Kriminalität zu be-

stätigen und zu fördern und gleichzeitig ineffektive Bemühungen zu erkennen, zu verändern oder einzustellen, um dadurch zur Optimierung der eingesetzten Ressourcen beizutragen.

4. Die Arbeitsgruppe „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“ hält es für unabdingbar, dass diese Erfolgskontrolle von den Akteuren der kriminalpräventiven Vorhaben selbst gestaltet wird. Damit kann Erfolgskontrolle als Hilfe zur Verbesserung der Wirksamkeit der eigenen Bemühungen verstanden werden. Gleichzeitig wird dadurch die Gefahr der Fremdbestimmung gemindert.

Die Zielsetzung der Arbeitsgruppe wurde wie folgt festgelegt:

1. Die Arbeitsgruppe „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“ wird in Zusammenarbeit mit ausgewählten kriminalpräventiven Vorhaben einen Leitfaden für eine selbstbestimmte Erfolgskontrolle entwerfen und deren Umsetzung begleiten.
2. Die Arbeitsgruppe „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“ wird bis spätestens 30. Juni 2003 einen ersten Entwurf eines Leitfadens vorlegen, mit dessen Hilfe sich kriminalpräventive Unternehmungen über die Möglichkeiten selbstbestimmter Erfolgskontrolle informieren können.
3. Der Leitfaden wird Qualitätsstandards für eine selbstbestimmte Erfolgskontrolle enthalten.
4. Ein Prätest des Leitfadens anhand von mindestens zwei kriminalpräventiven Vorhaben soll bis zum März 2004 abgeschlossen werden.
5. Bis zum 31. Dezember 2004 werden mindestens 30 % der dem Landespräventionsrat Hessen gemeldeten kriminalpräventiven Vorhaben eine selbstbestimmte Erfolgskontrolle unter Beachtung der im Leitfaden genannten Qualitätsstandards durchführen.

H. ARBEITSGRUPPE „SPRAYER-UNWESEN (GRAFFITI)“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Wolfram Wiesemann
Geschäftsführer	Alfred Ritzke

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Albrecht , Frank	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.
Arndt , Karin	Rhein-Main-Verkehrsverbund
Blaesing , Klaus	Polizeipräsidium Offenbach
Braum , Eric	Hessisches Ministerium der Justiz
Franz , Falko	Hessisches Kultusministerium
Noske , Sigrun	Jugend- und Sozialamt Frankfurt am Main
Schoenfeld , Dieter	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.

Die Arbeitsgruppe tagte am 14.2.2002 und 6.6.2002.

Die Arbeitsgruppe „Ladendiebstahl“ hat sich nach der vorläufigen Beendigung ihrer Tätigkeit auf Bitten des Hessischen Ministers der Justiz bereit erklärt, auf Landesebene Präventionsstrategien gegen das Sprayer-Unwesen zu entwickeln und diese umzusetzen.

Die personelle Zusammensetzung der Arbeitsgruppe bleibt fast unverändert; als Vertreter des Justizministeriums wurde anstelle von Herrn Dr. Helmut Fünfsinn Herr Richter Eric Braum bestellt. Aufgrund ihrer besonderen Sachkompetenz zur neuen Thematik der Arbeitsgruppe wurde Frau Dr. Karin Arndt vom RMV zur Mitarbeit im Team eingeladen.

In der konstituierenden Sitzung wurde zunächst die Gesamtproblematik des Sprayer-Unwesens erörtert, wobei das Spannungsfeld zwischen „Kunst“ und Straftaten sowie den aus letzteren resultierenden immensen Schäden einen zentralen Schwerpunkt der Diskussion bildete. Die Teilnehmer berichteten aus ihren beruflichen Erfahrungen über den Aufgabenbereich der Arbeitsgruppe.

Dargestellt wurden

- die altersmäßigen und personellen Strukturen der Tätergruppen,
- Schwierigkeiten bei der Täterermittlung,
- rechtliche Probleme bei der Deliktsbewertung im zivil- und strafrechtlichen Bereich,
- Schadensumfang und Versuche von Schadenswiedergutmachungsstrategien,
- Täter-Opfer-Ausgleich,
- Präventionsansätze,
- Präventionsresistenz einzelner Täter.

Im Hinblick auf Verfolgungsmechanismen dieser Deliktgruppe und die Präventionsstrategien in anderen Bundesländern sowie auf zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen wurde beschlossen, diese zu beschaffen, sie auszuwerten und auf dieser Grundlage die Beratungen fortzuführen.

Aufgrund der insoweit gewonnenen Erkenntnisse wurde im Verlauf der folgenden Tagung u.a. die Notwendigkeit festgestellt, im Hinblick auf deutliche regionale Unterschiede der Deliktshäufigkeit, auf Art und Intensität der Tatbegehungen sowie auf bereits vorhandene Verfolgungsstrategien weitere Vorarbeiten durchzuführen. Für die nächste Tagung wurden Referenten aus unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen eingeladen, die der Arbeitsgruppe über ihre bisherigen Erfahrungen und (Miss-) Erfolge berichten werden.